Der Streik war laut Meldungen der sozialdemokratischen Presse eine „überwältigende Demonstration", die aber alles beim alten ließ.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die sich die Regierung gekauft hatte, ohne daß die Parlamentarier über die paar Millionen gestolpert wären, ist jetzt von neuem an die Darmstädter Bank verkauft worden. — Sie vertritt natürlich weiter die nationalen Belange, wie ja auch eine Dirne nicht häßlicher wird, wenn sie ihren Liebhaber wechselt.

Die Baltischen Henker setzen unbehelligt von dem großen „Arbeiterstaat" ihre Arbeit fort. Wie die Inprekorr meldet, verhandelte am 2. Februar das Feldgericht in Poneweisch die Angelegenheit von vier Kommunisten. Drei Angeklagte, die Genossen Strushas, Kasakewicius und Aleksinas wurden zum Tode, der vierte Angeklagte, Genosse Turla, zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. — Die Beziehungen der litauischen Faschistenregierung zu „Sowjet"-Rußland sind gute.

Entwaffnung — Bewaffnung

In der Versammlung in den Sophiensälen in Berlin glaubte die Ekkileichtel die politischen Gefangenen als Argument für die revolutionäre Taktik Moskaus anführen zu müssen. Wir geben nachfolgend einen weiteren Artikel von Erich Mühsam wieder, den wir seiner Zeitschrift „Fanal" Nr. 5 entnehmen, und bemerken, daß unserer Meinung Mühsam immer noch eher autorisiert sein dürfte, im Namen der politischen Gefangenen zu sprechen, ungeachtet aller sachlichen Differenzen.

Seit wir uns des „Friedens" von Versailles erfreuen, erfreuen wir uns nicht minder einer immer noch und immer wieder offenen „Entwaffnungs-Frage". Augenblicklich befinden sich zwecks endgültiger Lösung des Problems zwei locarnodurchgeistigte adlige Herren in Paris, um dort, den Geßler-Hut in der Hand, die Erlaubnis zu erschachern, den Reichswehrstat legalerweise um ein paar Dutzend oder auch ein paar Hundert Millionen Goldmark zu erhöhen. Die Bewilligung solcher Gelder aus den Steuern der deutschen Republikaner erfolgt dann schon, wie bisher, ohne Belästigung des Reichstags durch die Offiziere Wilhelm's II. in der Bendlerstraße direkt. Die Franzosen zieren sich noch etwas, erstens weil sie wittern, daß die zu füllenden Waffenarsenale Deutschlands auf britische Wünsche auch mal den Pariser Finanzinteressen wenig genehmen Zwecken dienen könnten, dann auch, weil die Bewilligung mit der Zusage verbunden werden soll, daß die besetzten rheinischen Gebiete — immer mal wieder im Geiste von Locarno — geräumt würden. Dies aber hieße, sehr zahlreichen Epaulettenhelden und ihren Rouleurs auf Kosten des eigenen Säckels in den einheimischen Bezirken Vorwände für ihr geräuschvolles Nichtstun zu schaffen. Dem sogenannten deutschen Volk, soweit es unbeamtet und also ohne Hoffnung lebt, freiwerdende Verwaltungsbüros zu beziehen kann es völlig egal bleiben, was bei den Verhandlungen herauskommt. Mag der letzte Besatzungssoldat über die Grenze abgezogen sein, — es wird deswegen nicht einen Pfennig weniger zu zahlen haben, aber nicht bewilligte Munitionsfabriken kann man ja auch in Rußland bauen und arbeiten lassen.

Der deutsche Reichstag, ein sonst wenig ersprießliches Unternehmen, schenkte uns zu Weihnachten einige historisch wertvolle und psychologisch lehrreiche Aufklärungen. Bekanntlich ließ der Geist von Locarno im embryonalen Zustande die Politik der Erfüllung. Vater dieser unausgereiften Frucht war der Reichskanzler Wirth, der Erfüllungs-Joseph. Was war das damals für eine Biederkeit in der Regierungsära unter dem Wirthe wundermild. Erfüllt wurde, daß den Pazifisten aller Länder die Rührungszähren über alle Backen liefen, daß die vor die Tür gesetzten Sozialdemokraten andächtig vor der Wirthstube standen und sie für den Bonzentempel ihres Zukunftsstaates hielten, und daß dem armen Rathenau der Leib in Fetzen geschossen wurde. Und jetzt stellt sich heraus, daß niemals ein Märtyrer den Tod für eine Sache erlitten hat, die so wenig seine Sache gewesen wäre, wie die Erfüllung des Versailler Vertrages. Die des Wirthschen Außenministers; jetzt stellt sich heraus, daß die Erfüller Wirth und Rathenau und der Obererfüller Ebert sozialistischen Angedenkens nicht bloß hinterherum die Schwarze Reichswehr mit Wellings Musterknaben Schulz und Klapproth in Berlin gesetzt, sondern überdies noch Kampfflugzeug-, Granaten- und Blaukreuz-Fabriken mit deutschem Gelde auf russischem Boden errichtet haben. Das ist jetzt erwiesen, so lückenlos, so einwandfrei, daß die Ableugnungen der Roten Fahne nur noch albern wirken.

Gewiß, daß ausgerechnet Philipp Scheidemann als Nebenkläger auftritt, um die Bewaffnung der deutschen Konterrevolution gegen die deutschen Arbeiter mit russischen Handlanderdiensten zu beschönern, ist das Narrenspiel in der Tragödie. Sein Intimus Ebert, mit dem doch Scheidemann die Cittibrühe in allen Schüsseln gemeinsam rührte, war je grade derjenige, der auch hier das Widrige zusammengegossen hatte. Die Herren Wirth und Haas haben es deutlich genug gesagt. Was aber diese Herren zur Verteidigung der Berlin-Moskauer Schiebung vorbrachten, das mag die deutsche Erfüllungs-Wirtschaft vor den Versailler Vertragspartnern rechtfertigen: für ihre dem internationalen Proletariat verantwortlichen russischen Komplicen ist es schlimmer als nur kompromittierend. Sie erklärten, daß intrigante Auslegungen des Vertrags es der Regierung unmöglich gemacht hätten, in Deutschland selbst die in Versailles beschlossene Mission für die Reichswehr herzustellen. Deshalb sei die Fabrikation in Rußland erfolgt. Schön. Wollen um die Russen wirklich behaupten, sie hätten dem Deutschen Reich die Gelegenheit zur Verständigung der ihm vertraglich zugestandenen Ausführungsmittel geboten, um es etwa zur Bekämpfung einer zur Verteidigung der Kapitalismus gegen Sowjetrußland kriegführenden Macht als Waffenbruder bündnisfähig zu erhalten? Die Reduzierung der deutschen Reichswehr auf 100 000 Mann wurde mit der ausdrücklichen Begründung vorgenommen, daß Deutschland außer Stande gesetzt werden sollte, auswärtige Kriege zu führen. Die 100 000 Mann wurden ebenso ausdrücklich zugestanden, um Deutschland im Notfall als Polizeiwehr zur Verfügung zu stehen. Die Reichswehr ist also nach dem Willen der Weltkriegssieger nichts andres als der bewaffnete Schutz der Kapitalisten gegen revolutionäre Ansprüche des Proletariats, — ganz abgesehen davon, daß auch ihre Bewaffnung zu auswärtigen Kriegen keineswegs, zu den Obliegenheiten eines Landes zu gehören scheint, dessen Fahne der Satz schmückt: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Die russische Regierung hat gewußt, daß sie der Bewaffnung der deutschen Konterrevolution Vorschub leistete, als sie die Munitionsbetriebe der deutschen Reichswehr auf russischem Boden konzessionierte. Sie hätte sonst aus Trotteln bestehen müssen, und das grade kann sie niemand vorwerfen.

Den erschöpfenden Nachweis der russischen Schuld hat der geschäftsführende Hauptausschuß der Kommunistischen Arbeiter-Partei in einem offenen Brief erbracht, den er an das Zentralkomitee der KPD. gerichtet hat. Da ich aus technischen Gründen nicht in der Lage bin, dem Wunsche der KAPD. gemäß den langen Brief hier abzudrucken, begnüge ich mich mit dem Hinweis auf Nr. 2 der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung (zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13). Die KPD. wird dort aufgefordert, den Brief, dessen sachlicher Inhalt mir in allen Teilen überzeugend scheint, ihren Parteimitgliedern im Wortlaut mitzuteilen und ihn, wenn sie seine Aufstellung weiterhin bestreitet, im einzelnen zu widerlegen. Es kann dem Zentralkomitee gar nicht eindringlich genug geraten werden, dieser Aufforderung zu entsprechen. Gelingt ihm die Widerlegung, dann werden nicht nur die Arbeiter Deutschlands ohne Unterschied der revolutionären Richtung aufatmen; das seit Lenins Tod arg ins Wanken gekommene Ansehen der russischen Bolschewiki wird in der ganzen proletarischen Welt neu gestützt und auch bei theoretisch anders denkenden Revolutionären wieder kameradschaftlich gefestigt sein. Drückt sich aber die Kommunistische Parteileitung um die Antwort, oder versucht sie eine Verteidigung, ohne ihren Anhängern die ganze Anklageschrift zur Kenntnis zu bringen, so wird sie sich und ihrer russischen Leitung keine Gefälligkeit erweisen.

Nachlese zum englischen Streik

Der planmäßige Arbeiterverrat des Generalrats.

In der letzten Januarwoche fand in London eine außerordentliche Konferenz des Exekutivkomitees sämtlicher britischer Gewerkschaften statt, um unter Ausschluß der proletarischen Oeffentlichkeit! — zur Taktik des Generalrats während des Streiks Stellung zu nehmen. Den Verhandlungen lag ein — bis zum Konferenztage geheimgehaltener! — Bericht des Generalrats zugrunde, der nach leidenschaftlicher Debatte mit 2 840 000 gegen 1 095 000 Stimmen angenommen wurde.

Die Opposition ging hauptsächlich von der Bergarbeiterföderation aus, die zum Geheimbericht des Generalrats eine offizielle Antwort vorlegte. Nach der „Roten Fahne" vom 25. Januar wird in der Anklageschrift der Bergarbeiter über die Verrätereien der britischen Gewerkschaftsführung während des Mai-Generalstreiks u. a. folgendes festgestellt:

„Nach den Beschlüssen vom 1. Mai waren wir der Ansicht, daß der Generalrat kein Recht habe, in unserer Abwesenheit zu verhandeln oder auch die Beschlüsse der Bergarbeiter zu ändern. Am 8. und 9. Mai erfuhren die Bergarbeiterführer, daß Verhandlungen eingeleitet worden waren zwischen Mitgliedern des Generalrats und irgendeinem unbekannten Vertreter der britisch-russischen Industrie, was nicht feststellen konnten, niemand anders war als Herbert Samuel. Am 10. Mai wurden die Führer des Bergarbeiterverbandes von den Mitgliedern des Generalrats aufgefordert, gemeinsam mit ihnen Sir Herbert aufzusuchen. Sir Herbert machte einige Vorschläge, die nicht schriftlich festgelegt wurden, die aber ein Abrücken von der beschlossenen Politik der Gewerkschaftsbewegung bedeutet hätten. Die Bergarbeiterführer ließen Sir Herbert keinen Zweifel darüber, daß sie Bedingungen, die Lohnkürzungen vorsehen, nicht annehmen könnten. Am 11. Mai wurde die Exekutive des Bergarbeiterverbandes von dem Generalrat davon in Kenntnis gesetzt, daß er ein Abkommen abgeschlossen und die Bedingungen, die aus den Verhandlungen ihrer Vertreter mit Sir Herbert Samuel sich ergeben hätten, angenommen habe. Die Vorschläge wurden uns durch den Generalrat vorgelegt und wir wurden aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen und dem Generalrat an demselben Abend unseren Beschluß mitzuteilen. Es muß scharf hervorgehoben werden, daß die Vorschläge, als sie den Bergarbeiterführern überreicht wurden, bereits von dem Generalrat angenommen waren, daß keinerlei Zusätze gemacht werden konnten, und daß sie die Aufgabe der bisherigen Politik bedeuteten. Ferner hatte der Generalrat bereits beschlossen, den Generalstreik abzurufen und bereits eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten anberaumt, um ihn von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Die Annahme der Vorschläge Samuels durch den Generalrat, ohne eine Entscheidung der Bergarbeiter abzuwarten, war gleich andres als ein Ultimatum des Generalrats an die Bergarbeiter."

Das ist der lückenlose Beweis, daß die englische Gewerkschaftsbürokratie einfach über den Kopf der proletarischen Massen hinweg die Kapitulationsbedingungen des Kapitals-Agenten Samuel annahm, um damit den Generalstreik zu brechen. Fürwahr: heimtückischer und brutaler ist trotzdem noch nie eine Streikbewegung der Arbeiterschaft erdrückt worden.

Dieselbe Linie des wohldurchdachten Klassenverrats hat der britische Generalrat auch im Bergarbeiterstreik konsequent durchgeführt. Hier spielte sich die Schurkerei der Gewerkschaftsspitzen nach der Darstellung der „Roten Fahne" (also eher gewerkschaftsfreundlichen Quelle) vom 27. Januar folgendermaßen ab:

„Der Geheimbericht des Generalrats beginnt mit einem bezeichnenden Eingeständnis: „Der Generalrat", so heißt es dort, hat niemals direkt in aktiver Verbindung mit dem Bergarbeiterkonflikt gestanden." Es wird nun über den weiteren Darlegungen irgendeine Klarstellung über die Kulissenschiebereien und Geheimverhandlungen Thomas' und des berühmten „Vermittlungskomitees" suchen. Immerhin geht aus dem Bericht klar hervor, daß der Generalrat von Anfang an, daß Deutschland außer Stande gesetzt werden sollte, auswärtige Kriege zu führen. Die 100 000 Mann wurden ebenso ausdrücklich zugestanden, um Deutschland im Notfall als Polizeiwehr zur Verfügung zu stehen. Die Reichswehr ist also nach dem Willen der Weltkriegssieger nichts andres als der bewaffnete Schutz der Kapitalisten gegen revolutionäre Ansprüche des Proletariats, — ganz abgesehen davon, daß auch ihre Bewaffnung zu auswärtigen Kriegen keineswegs, zu den Obliegenheiten eines Landes zu gehören scheint, dessen Fahne der Satz schmückt: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Die russische Regierung hat gewußt, daß sie der Bewaffnung der deutschen Konterrevolution Vorschub leistete, als sie die Munitionsbetriebe der deutschen Reichswehr auf russischem Boden konzessionierte. Sie hätte sonst aus Trotteln bestehen müssen, und das grade kann sie niemand vorwerfen.

Den erschöpfenden Nachweis der russischen Schuld hat der geschäftsführende Hauptausschuß der Kommunistischen Arbeiter-Partei in einem offenen Brief erbracht, den er an das Zentralkomitee der KPD. gerichtet hat. Da ich aus technischen Gründen nicht in der Lage bin, dem Wunsche der KAPD. gemäß den langen Brief hier abzudrucken, begnüge ich mich mit dem Hinweis auf Nr. 2 der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung (zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13). Die KPD. wird dort aufgefordert, den Brief, dessen sachlicher Inhalt mir in allen Teilen überzeugend scheint, ihren Parteimitgliedern im Wortlaut mitzuteilen und ihn, wenn sie seine Aufstellung weiterhin bestreitet, im einzelnen zu widerlegen. Es kann dem Zentralkomitee gar nicht eindringlich genug geraten werden, dieser Aufforderung zu entsprechen. Gelingt ihm die Widerlegung, dann werden nicht nur die Arbeiter Deutschlands ohne Unterschied der revolutionären Richtung aufatmen; das seit Lenins Tod arg ins Wanken gekommene Ansehen der russischen Bolschewiki wird in der ganzen proletarischen Welt neu gestützt und auch bei theoretisch anders denkenden Revolutionären wieder kameradschaftlich gefestigt sein. Drückt sich aber die Kommunistische Parteileitung um die Antwort, oder versucht sie eine Verteidigung, ohne ihren Anhängern die ganze Anklageschrift zur Kenntnis zu bringen, so wird sie sich und ihrer russischen Leitung keine Gefälligkeit erweisen.

Düsseldorf.

2 öffentliche Versammlungen.

Am Donnerstag, den 10. Februar 1927, in Düsseldorf-Eller, Gastwirtschaft Massen, 8 Uhr abends.

Am Freitag, den 11. Februar 1927, in Erkrath bei Düsseldorf, Gastwirtschaft Odenthal, 8 Uhr abends.

Thema:

Rußland, ein Arbeiterstaat, bewaffnet die Konterrevolution.

KAPD. und AAU. Düsseldorf.

Jahrg. Nr. 11 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36. Lausitzer Platz 13.

Februar 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Die deutsche Bourgeoisie bewaffnet „Sowjet-Rußland"

Die Märchen einer Renegatenbande.

Am 6. Dezember 1926 bestätigte das „Berliner Tageblatt" Mitteilungen des „Manchester Guardian", daß Teile der britischen Kriegsindustrie im Jahre 1921 nach Rußland verlegt wurden, daß diese Fabriken, eine Gasfabrik, eine Granatenfabrik und eine Flugzeugfabrik, von der deutschen Kapitalsrepublik finanziert wurden, und daß, — so schließt das „B. T." seinen halbamtlichen Bericht — „seit dem Abschluß des Locarnovertrages neue Bestellungen nicht gemacht wurden und das deshalb auch ganz überflüssig wurde, weil seit einem Jahre Deutschland Munition in genügender Menge herstellen darf". Wir stellen also fest, daß von 1921 bis zum Sommer 1926 auf Bestellung geliefert, ab Sommer 1926 jedoch nur keine neuen Bestellungen erfolgten, die laufenden Aufträge natürlich hoch erledigt wurden.

Die KPD. brauchte, um vor dem Proletariat Rechenschaft zu legen, ganze zwei Monate. In der ersten Februar-Woche lief sie in Berlin Versammlungen ein, um den „Granatenschwindel" zu erledigen. Diese „Widerlegung" soll hier festhalten werden.

Es ist, um diese „Widerlegung" verständlich zu machen, notwendig, darauf hinzuweisen, daß Pieck am 11. Dezember Landage noch alles leugnete. Nachdem die Tatsachen jedoch erdrückend waren, nachdem vor allen Dingen die Erklärungen Piecks durch Tschitscherin und „Prawda" desavouiert wurden, mußte die KPD.-Zentrale nach und nach alles gestehen. In den erwähnten Versammlungen gestanden nun auch sämtliche Referenten ein, daß es sich erstens nicht um eine private Konzession, sondern um einen Vertrag der Arbeiterwerte mit Reichswehr, und dann um einen Vertrag der deutschen Kapitalsrepublik mit Rußland gehandelt habe, was schon daraus hervorgeht, daß 80 Prozent der Junkersaktien in den Händen des Reiches waren. Die Versammlungen sollten lediglich den „Beweis" bringen, daß keine Granaten an die Reichswehr geliefert wurden.

Es ist immerhin schon ein Fortschritt, wenn die KPD.-Zentrale keinen anderen Ausweg mehr sieht, als die Behauptung aufzustellen, daß die deutsche Bourgeoisie einen „Arbeiterstaat" bewaffnet, damit dieser die Revolution durchführe und die Bourgeoisie mit ihren eigenen Granaten erledigen kann. Eine Partei, deren Mitglieder ein solches Märchen glauben müssen, um überhaupt Mitglied einer solchen Partei bleiben zu können, hat für ihre Existenz den unheilbaren politischen Stumpfsinn ihrer eigenen Anhänger zur Voraussetzung und muß sich damit dem Gelächter über Arbeiter ausliefern, noch einen Funken Verstand haben. Es ist aber trotzdem notwendig, dies im einzelnen noch zu beweisen.

Zugegeben, daß ein Gauner den anderen durch betrügerische Manipulationen bei einem abgeschlossenen Geschäft über Ohr haut, so hinkt dieser Vergleich denn doch auf beiden Füßen, wenn jemand Staatsverträge mit gewöhnlichen Geschäften auf Spitzbuben vergleicht. Staatsverträge sind Ausdruck notwendiger Interessenverbindungen. An der Einhaltung haben beide Teile ein Interesse, weil solche laufenden Verträge nur Teile der gesamten Beziehungen sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Waffenlieferungsverträge nur ein Stück des deutsch-russischen Vertrages sind, daß wir geben an anderer Stelle einige Beispiele dafür, wie für Rußland das Vertrauen der deutschen Kapitalisten hat, daß es dies um keinen Preis zerstören darf und will, weil mit seiner gesamte Konzessionspolitik zu seinem „sozialistischen Aufbau" null und nichtig würde. Das ist schon ein schlagender Beweis, daß die Renegaten der KPD.-Zentrale bewußt lügen.

Der zweite Beweis ist die Finanzierung der Fabriken durch Reichswehr, bzw. durch die deutsche Regierung. 1921 wurde der Anfang gemacht mit der Errichtung der Fabriken. Im 1923 an standen der sogenannten „Sondergruppe" laut „Rote Fahne" vom 17. 12. 1926 jährlich 70 Millionen zur Verfügung. Jeder Arbeiter, der nur einen Schimmer davon hat, wie rasch eine Granatenfabrik in Betrieb gesetzt werden kann, muß einmal darüber nachdenken, ob denn die deutsche Bourgeoisie 6 volle Jahre Millionen zum Fenster hinauswarf, ohne auch nur ein einziges mal nach dem Resultat zu fragen. Die Inbetriebsetzung einer Granatenfabrik ist nach den vorliegenden Erfahrungen selbst bei fertigen alles Rohmaterials und der dazu gehörigen Spezialwerkzeuge eine Frage von einigen Monaten. Den deutschen Arbeitern vorzureden, daß die deutsche Regierung Jahr um Jahr Millionen sendet für die Katz, heißt die Bourgeoisie so dumm einschätzen wie die Arbeiter, die ein solches Märchen glauben. Die Tatsache, daß die deutsche Regierung die Munitions- und Flugzeugfabriken ein halbes Jahrzehnt finanzierte, ist der ganz einwandfreie und unumstößliche Beweis, daß sie mit diesem Unternehmen zufrieden war, und für ihr Geld ihre Munition für die Reichswehr erhielt.

Einen weiteren, ganz einwandfreien Beweis bringt die KPD. selbst. Laut Reichstagsprotokoll der 252. Sitzung erklärte Scheidemann auf dieselbe Behauptung der KPD.-Bonzen:

„Die Transporte, die mit mehreren Schiffen Ende September und Anfang Oktober vorgekommen sind, kamen aus Leningrad. Die Schiffe gehörten der Stettiner Dampferkompagnie. Die Schiffe hießen: Gotenburg, Artushof und Kolberg. Ein viertes Schiff, dessen Namen ich leider vergessen habe, ist untergegangen. Das wird der Herr Reichswehrminister Dr. Geßler auf Ihren Wunsch bestätigen müssen. Die Schiffe gehörten der Stettiner Dampferkompagnie. Sie werden

Der „Hindenburgblock"

Die neueste Etappe der Demokratie

Karnevalsstimmung herrscht in der Quasselbude und im Blätterwald. Verdammt ernst ist für die Proleten diese Situation. Doch: Proteste, Enthüllungen suggerieren der Arbeiterschaft den offenen Besitzbürgerblock als Vogelscheuche, stürzen sie in neue parlamentarische Manöver mit Paukenschlag und Trompeten, genannt „Kampf". Kampf — wofür? Für „Wirtschafts-Demokratie" und Republik. Das heißt: für das „kleinere" Uebel — eine alte, trützerische Walze. Wahrhaftig, sie hat bis heute — zum Arbeiterverderb — ihre Schuldigkeit getan: Seit der Blutaufe der Kapitalsrepublik hat die Arbeiterklasse für parlamentarische und gewerkschaftlichen Sozialdemokratismus „gekämpft", gelitten, gedarbt — und sie ist nicht wenig zur Ader gelassen worden!

Es ist heute — acht Jahre nach der Novemberrevolution — ein Meilenstein auf dem „Marsch zum Sozialismus": Die offene, dreiste Uebernahme der Regierungsgewalt durch die geeinte schwarzrotgoldene Bourgeoisie. Sie fühlt sich heute — innen- und außenpolitisch — stark genug, den sozialdemokratischen Lakaien den verdienten Fußtritt zu geben. Sie weiß: diese sind bereit, das „Vaterland" in der Stunde der Gefahr zu retten. Die optische Täuschung des „kleineren" Uebels der verhüllten schwarzrotgoldenen — darum gefährlicheren — Kapitalsdiktatur soll die schon auf den schwarzweißroten Popanz eingedressierten Arbeiter auf das glatte Parkett des „Kampfes" gegen Personen und Farben zu führen.

Die Situation ist hier jedem denkenden Arbeiter klar. Der Hindenbürgerblock ist die höchste Vollendung der sozialreformistischen Politik der „Völkerverständigung". Nun nimmt die Bourgeoisie — die mit ihren Trusts die kapitalistische Wirtschaftsverständigung machte — auch die politische Seite in eigener Hand. Die Deutschnationalen bilden dabei selbstverständlich nicht den Stein des Anstoßes. Innenpolitisch hat die SPD. nicht das „Vertrauen" zu den Deutschnationalen, daß sie auch das Zentrumsmanifest der sozialen Reaktion „ehrlich" durchführen werden (!). Graef wurde sogar von Hindenburg, dem sozialdemokratischen Vertrauensmann, gegangen — weshalb dieser selbstredend nicht weniger Monarchist ist, als jener. Und es ist ferner nicht entschieden, ob auch der kapitistische Keudell, der in dem parlamentarischen Karnevalsrummel den Blitzableiter abgibt, gehen muß oder nicht.

Entscheidend ist das eine: die Hindenburg-Republik enthüllt offen und brutal den auf die Spitze getriebenen Klassengegensatz. Auf der einen Seite die rücksichtslos rationalisierenden Trustmagnaten, die so trotz Weltwirtschaftskrise aus Schweiß und Blut der Arbeiter ihre Profite münzen. Auf der anderen Seite die große Masse des Proletariats, die durch die Rationalisierung entnervt, zermürbt, verelendet, überflüssig wird, eine riesige Dauerarbeitslosen-Armee bildet und zu der sich proletarisierte Kleinbürger gesellen. Dieses wahre Bild wird durch den Bestzbürgerblock offensichtlich — und das ist gut! — Denn — so die Dinge gesehen — heißt die Frage: Wie entrinnen wir diesem sozialen Abgrund der kapitalistischen Barbarei?

Das müssen wir als wichtigste Lehre dem proletarischen Arsenal einverleiben: Gewiß nicht durch die Fortsetzung der bisherigen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Politik des sogenannten „kleineren" Uebels, deren Ergebnis ja die Rechtskoalition ist! Allerdings: vom sozialverräterischen Standpunkt des kapitalistischen Aufbaues, der Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung und der „Wirtschaftsdemokratie" (sprich Wirtschaftsfrieden) hat der berüchtigte „Reichsbann"-Häuptling Hörsing recht, wenn er sagte: daß es das kleinere Uebel wäre, wenn sein Vereinsbruder in Christo, Marx (und nicht etwa Westarp) dem Bürgerblock die Krone aufgesetzt hat. Soweit hat es das Rattengift des „kleineren Uebels" schon glücklich gebracht. Als höchste Steigerung dieser reformistischen Gehirnepidemie ist nur noch denkbar: die überflüssigen Proleten hängen sich selbst auf. Sie entgehen dann dem „größeren Uebel", hinger hungern, rebellieren zu müssen und von den Schergen sozialdemokratischer Polizeiminister, Regierungs- und Polizeipräsidenten und Bürgermeistern abgeschlachtet zu werden. Die — „fast war's mir wie ein Traum" — von wegen dem kleineren Uebel von den eifrigen auchkommunistischen Parlamentariern (Preußen, Mecklenburg, Brandenburg, Kiel usw. usw.) unterstützt werden.

So weit kommt es denn doch nicht, d. h. nicht in bezug auf die ekkikriecherischen KPD.-Strategen. Die kreuzen jetzt schon geraume Zeit vor dem Amsterdamer Hafen. Die Besatzung soll sich allmählich an dessen Pestilenzgestank gewöhnen. Wir schließen uns der „L-V." (hört, hört!) an und wünschen, daß — nachdem der unnötige Ballast (sprich: die kommunistischen Prinzipien) gefallen ist — auch die nicht mehr zeitgemäße Takelage (sprich: der kommunistische Name) fällt. Sonst hindert nichts mehr die — abermals — vereinigte SPD.

Die Arbeiterklasse muß heute eins begreifen: der Bürgerblock drückt die geschlossene Front des Kapitals gegen die Arbeit aus. Heute offen, morgen — durch seine Lakaien — versteckt, setzt er seine Machtmittel zur weiteren sozialen Verelendung ein. Es gibt keine Gemeinsamkeit zwischen Kapital und Arbeit. Gegen jeden Burgfrieden, gegen jede Koalition — gleich, welcher ideologischen Färbung —, das muß die proletarische Sammelprobe sein. Friedliche Proteste und Kundgebungen ändern nichts. Die Arbeiter müssen sich freimachen von allen parlamentarisch-gewerkschaftlichen Scheinaktionen. Sie müssen den Fehdehandschuh aufnehmen und planmäßig die revolutionäre Massenaktion durchführen. Alles andere ist Blech, Ablenkung! Massenstreik, das ist die konkrete Losung der Situation! Die Leipziger Metallarbeiter sind in den Kampf getreten. Unter den Berliner Metallarbeitern gärt es. Ueberall zwingt die Not zum Kampf. Hier gilt es anzusetzen. Gegen das vertrustete Kapital ist jeder wirtschaftliche Kampf ein Machtkampf, — gleichzeitig gegen die Gewerkschaftsbürokratie, den staatlichen Schlichtungs- und Machtapparat.

Die KPD.-Führerschaft heute lediglich bedacht, Steigbügelhalterdienste für die SPD. und Gewerschaften zu verrichten, dabei — o, arme Narren — den lächerlich gewordenen Spruch hersagend: „Der ADGB. muß!" Die Arbeiter der KPD.-Opposition, der selbständigen Verbände, die Syndakalisten, alle Proleten müssen sich entscheiden: Selbstbetrug, Phrasen, Entrüstung oder praktischen Kampf. Das ist Zusammenfassung und Ausdeutung aller Teilkämpfe zum revolutionären Massenstreik. Reden, Schimpfen, Wahtsiege schaden der Bourgeoisie nichts. Aber, an der wirtschaftlichen Wurzel getroffen, setzt sie rücksichtslos alle Machtmittel ein in der Ueberzeugung, daß alle reformistischen Helfershelfer auf ihrer Seite sind.

Es ist klar: in den Kampf — Kapital gegen Arbeit — handelt es sich dann auch nicht mehr darum, ob 20 v. H. oder Achtstundentag oder nicht. Sieg oder Niederlage des Proletariats ist dann die Frage. Der Kampf ist schwer, schwerer als „Entlarvungsmanöver". Hier scheiden sich die Geister von hüben und drüben. Die Leute mit ihrer A.u.B.-Fänserei werden dann unmöglich. Denn: entweder wirtschaftliche und politische Diktatur (offen oder verschleiert) der Bourgeoisie oder der Arbeiterklasse! — Mit den Genossen der KAPD. und AAU. steht praktisch für alle — nicht mit dem Maul revolutionärer — Arbeiter die Aufgabe der Massenaktion!

Mitteilungen

Groß-Berlin

Arbeitsausschuß.

Die auf Donnerstag, 10. Februar, festgesetzte AA-Sitzung fällt aus. Dieselbe findet am Mittwoch, den 9. Februar statt. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Der Obmann.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.

im Babin-Strom bei Cavelwisch bei Stettin gelöscht. Die Kisten wurden in Kähne gebracht und von diesen dann in das sogenannte „Schwarze Meer" an der Silberwiese in Stettin geschafft und in Eisenbahnwagen verladen. —Die Löscharbeit führte die Firma Hank u. Schmidt aus. Die Arbeitsleute wurden zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet. Wie uns mitgeteilt wurde, soll die kommunistische Hafenzelle von allen diesen Vorgängen genau informiert gewesen sein. Es handelt sich um viele tausende Tonnen sehr gefährlicher Dinge, die eingeführt worden sind und die als Rundeisen bzw. Aluminium deklariert worden waren." (252. Sitzung.)

Dazu konnte Koenen nur folgende „sachliche" Erwiderung geben:

„. . . Wir sind inzwischen auch den Dingen nachgegangen, was für andere Munitionstransporte auf der Ostsee herumschwimmen. Wenn wir über diese Munitionstransporte reden wollten, würde wieder das ganze Haus über „Landesverrat" schreien und es würde dabei für die von der Sozialdemokratie bisher gestützte Geßler-Regierung nichts Günstiges herauskommen." („Rote Fahne", vom 17. 12. 26.)

Das ist die Sprache der in allen Einzelheiten überführten Demagogen. Koenen gibt zu, daß noch mehr Munitionstransporte auf der Ostsee herumschwimmen, ohne daß er die Einzelheiten der Lieferung von Granaten an die Reichswehr durch Rußland bestreitet. Er darf seinem mit Rußland verbündeten Geßler nicht wehe tun und erklärt zynisch, daß er nicht daran denke, das Vaterland zu verraten. Daß nach solchen Eingeständnissen überführter Arbeiterverräter diese selben Burschen noch nach „Beweisen" schreien, zeugt davon, wessen solche korrumpierten Elemente überhaupt fähig sind. Die Arbeiter der KPD., denen diese Beweise noch nicht genügen, denen genügt es natürlich auch nicht, wenn man zu diesen Dokumenten noch andere unzählige fügt, wie die KAPD. es in ihrem „Offenen Brief" tat. Es mag dies daher kommen, daß sie eben bei ihrer religiösen Fanatik zu dem angeblichen „Arbeiterstaat" einfach unfähig sind, diesen ungeheuren Verrat zu fassen.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß in den Hungerjahren des deutschen Proletariats der „Arbeiterstaat" dieselben weißen Garden bewaffnete, die unzählige Proletarier standrechtlich erledigten oder in den Zuchthäusern zum Wahnsinn trieben. Und die KPD. und SPD. haben von dieser Schurkerei gewußt, und die KPD. hat mit diesen ihren eigenen Opfern außerdem noch eine infame Leichenschändung betrieben und betreibt sie noch, indem sie ihre eigenen Opfer als Beweis für ihre „revolutionären" Taten anführt. Das Verbrechen in Sachsen und der Verrat der Oktober-Kämpfer ist heute ganz klar begreiflich. Es war ebenfalls ein Teil der Unterstützung der deutschen Bourgeoisie. Während die Arbeiter es ernst meinten mit dem Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, verlangten die Interessen der kapitalistischen Bündnispolitik Rußlands die Unterstützung der Bourgeoisie. So stießen hier die Interessen der Revolution mit denen der kapitalistischen Außenpolitik Rußlands zusammen, und die „Verteidigung" des „Arbeiterstaates" verlangte es, daß die Arbeiter von den Verbündeten Rußlands, der deutschen Bourgeoisie, hinterrücks zusammengeschossen werden mußten. Die Brandler, Heckert, Piek, Böttcher und wie sie alle heißen, waren mit der Reichswehr, mit Seeckt, mit Severing und der gesamten deutschen Konterrevolution verbündet, und sind es noch. Sie wissen heute, in die Enge getrieben, keine andere Antwort, als die freche Verhöhnung des revolutionären Proletariats, indem sie mit dem den Renegaten eigenen Zynismus erklären: Wo sind die Beweise? Der „Arbeiterstaat" hat durch einen geschickten Trick die Bourgeoisie hineingelegt, und diese dumme Bourgeoisie hat die Weltrevolution bewaffnet!

Die Granatenzentrale war sich auch dessen vollkommen bewußt, daß sie sich nicht zur Diskussion stellen darf: denn eine sachliche Diskussion bricht ihr unwiderruflich das Genick. So suchte sie zusammen, was noch zusammenzubringen war, und versetzte die bemitleidenswerten Proletarier, die noch immer das Rußland der Oktoberrevolution vor Augen haben, in eine wahre Progromstimmung gegen die KAPD. Es war die Parole ausgegeben, alle Redner der KAPD. und AAU. unterschiedslos und mit allen Mitteln herunterzubrüllen. So erlebten die Arbeiter, die in der Meinung in die Versammlung gekommen waren, daß die KPD. die gegen sie vorgebrachten ungeheuerlichen Beschuldigungen entkräften würde, das Schauspiel, daß die Redner auf das Thema entweder gar nicht eingingen oder sich der billigen Demagogie von „Vorwärtshetze" und seinen Helfershelfern bedienten, und daß jedesmal, wenn ein Diskussionsredner nur wagte, das Thema zu berühren, ein ohrenbetäubender Lärm einsetzte. Diese Arbeiter wurden eindeutig darüber belehrt, daß die KPD. sich nicht mehr verteidigen kann, und daß die Brüller herabgesunken sind zu willenlosen, bemitleidenswerten Helfern.

Um diese Stimmung noch von vornherein zu steigern, wurde am Anfang ein eigens für diese Versammlungen fabrizierter Schwindel aufgezogen. „Genossen", — fing Barmat-Koenen an — „ich kann Euch die Mitteilung machen, daß die Weltrevolution wieder einen großen Schritt vorwärts gestürmt ist." — Alles spannte! „Schanghai ist von der nationalrevolutionären Armee erobert, die Weißen vernichtend geschlagen." Die Folge war — das dürfen wir uns nicht verhehlen —, daß viele dem Wahnsinn nahe waren. Hurra! Umarmungen, Telegramme der ZK., der KPD. an die Kuomintang wurden verlesen. Resolutionen zur „Einstimmigen Annahme" vorgelegt. Die Stimmung war vorbereitet. Nun ging ein Geschimpfe auf die SPD. los und eine Weltgeschichte wurde aufgezogen, die so aussah, daß Millionen bis an die Zähne bewaffnet dem „Arbeiterstaat" zuleile wollen — damit das Verbrechen dieser Verbrecher in einem Wust von Phrasen verschwindet.

Aber ganz so, wie immer, ging es nicht ab. Die angekurbelte Meute mußte mehr als einen herunterbrüllen, und konnte doch nicht verhindern, daß der Verrat dieser Burschen aufgedeckt wurde. Ein Genosse versuchte einen Artikel von Erich Mühsam vorzulesen, den dieselbe brüllende Meute einige Monate erst auf den Händen zu tragen versuchte. Er wurde niedergebrüllt, alles, alles wollten sie hören, — bloß die Wahrheit nicht.

Bevor jedoch das Theater begann, gab die KAPD. jedem Arbeiter, der in diese Versammlungen ging, den „Offenen Brief" der KAPD. in die Hand. Zähneknirschend, aber zu spät, entdeckten die auf den Mann dressierten „Roten Frontkämpfer" und ihre Häuptlinge, daß jeder Prolet die Meinung der KAPD. schon erfahren, ehe die Versammlungen begannen. Und die Arbeiter, die dem religiösen Wahnsinn noch nicht verfallen sind, sie gingen mit der festen Ueberzeugung fort: Die KPD. hat Angst vor der Aufdeckung ihrer verbrecherischen Politik. Viele, die mit der festen Ueberzeugung kamen, daß alles nicht wahr sein könne, gingen enttäuscht aus der Versammlung.

Wir gönnen der KPD. von Herzen noch einige solcher „Siege". Jeder von diesen Pyrrhussiegen kostet ihr Hunderte ehrlicher Arbeiter. Schon heute kann die KAPD. mit felsenfester Ueberzeugung aussprechen: die Zeit ist nicht mehr fern, wo sie trotz aller elenden Hetze aufmarschieren wird zur offenen Schlacht auf Biegen oder Brechen. Wo sie erzwingen wird eine Aussprache vor den breiten Massen Auge um Auge. Denn diese Frage, ob eine Partei, eine „Internationale", die die Konterrevolution bewaffnet, und auch in Zukunft auf Grund ihres eigenen Programms weiter bewaffnen wird, zu gleicher Zeit die Revolution fortgesetzt verraten kann, wird niemals wieder von der Tagesordnung verschwinden.

nur aus Bosheit und Verschrobenheit an den Marxismus glaubt.

Der christliche Arbeiterführer hat den Sinn der bürgerlichen Demokratie zweifellos besser begriffen als alle Kautsky zusammen. Es fragt sich nur, ob das Kapital noch Interesse hat, die Parlamentarier zu kaufen. Denn wenn es die Kapitalisten nicht rentabel ist, kann weder Scheidemann noch Heckert Minister werden.

„Friede auf Erden"!

Die Sozialdemokraten verkünden der Arbeiterschaft, daß die Welt über die Politik des Völkerbundes einer Aera des Friedens entgegengeht. Wie dieser Pazifismus wirklich aussieht, zeigt die folgende Aufstellung über die bewaffneten Kräfte der europäischen Staaten:

	Gesamtstärke der Armee		Zahl der Divisionen			
	Inf. 1914	Kav. 1925	Inf. 1914		Kav. 1925	
Frankreich	762 000	740 000	45	10	41	5
England	125 000	143 000	6	1	6	1
	250 000¹)	150 000²)				
Italien	313 000	250 000	25	3	30	3 Br
Polen		250 000			30	4 Di
						5 Br
Rußland	135 000	560 000	70	24	58	6 Di
						8 Br
Deutschland	782 000	100 000	50	1	7	3

¹) Territorialarmee. ²) Die Hälfte territorial.

	Flugzeuge		Tanks	Maschinengewehre	
	1914	1925	1925	leichte 1925	schwere
Frankreich	132	2 000	5 800	25 000	10 000
England		1 200	500	5 000	2 500
Italien		2 000	200	6 000	3 000
Polen		250	150	6 500	2 000
Rußland		1 000	150	10 000	6 000
Deutschland	232			1 150	800

Diese Aufstellung ist einer Mitteilung des Roten Frontkämpferbundes entnommen. Sie soll ein Beweis für die Wolf Imperialismus und das Lamm Rußland sein. Der Rhythmus knüpfte daran die Bemerkung, daß er mit allen Mitteln gegen alle Imperialisten der Welt, für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie und für die Verteidigung Rußlands kämpfen wolle. Womit natürlich nur mit billigen Phrasen verdeckt werden soll, daß der RFB. in vorderster Reihe steht, wenn es gegen irgendeinem mit Rußland verbündeten „militärischen Block" zum Siege zu verhelfen.

Von der Arbeit der Zeitungsbauer

Der „Vorwärts" meldet triumphierend.

„Trotz wochenlanger kommunistischer Propaganda und trotzdem der letzte Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers für den Hamburger Hafen ungeheure Erbitterung erzeugt hat, haben die Kommunisten, wie uns aus Hamburg gedrahtet wird, bei der Wahl der Organisationsleitung der im Deutschen Verkehrsbund organisierten Hafenarbeiter Hamburgs eine entschiedene Niederlage erlitten. Nach dem endgültigen Wahlergebnis sind alle Kandidaten der Amsterdamer Richtung gewählt worden, während die kommunistischen Gegenkandidaten in allen erforderlichen sieben Wahlgängen nur etwa ein Drittel der Stimmen auf sich zu vereinigen vermochten. Die Schlappe ist für die Kommunisten um so empfindlicher, als die sowjetamtliche deutsch-russische Handelsgesellschaft alle bei ihr beschäftigten Arbeiter auch zu dieser Wahl offiziell abkommandiert hatte."

Da werden viele unentwegte Zellenbauer von einem Rätsel stehen, und das ist erklärlich: Ueberall da, wo die KPD.-Bonzen am Ruder sind, treiben sie dieselbe Politik wie ihre Amtsdamer Rivalen, und kein Arbeiter sieht ein, warum er trotzdem die alten Bonzen verlagen und andere Großmäuler in ihre Stelle setzen soll. Da die KPD. trotzdem für die „Erhaltung" der Gewerkschaften „kämpft" und gegen Betriebsorganisationen, wird sie letzten Endes nur noch von denjenigen ernst genommen, die nicht dafür können.

85-facher Mörder als Parlamentarier

Die Rote Hilfe meldet aus Budapest, daß im ungarischen Reichstag, „in einem selbst für Balkanländer ungewohnten Terror gewählt wurde, auch der weiße Mörder Iwan Hejjas, mit seinem Mandatsbrief feierlich erschien. Die Linke rief ihm im Chor zu: „Mörder! Schuft! Henker von Orgovany!" Hejjas ist nicht nur Urheber zahlreicher Mordfälle gewesen, sondern hat auch selber „Hand angelegt".

Der Balkan ist schon weiter als das Abendland. Die deutschen Parlamentarier machen sich die Finger an Arbeiterblut selbst nicht schmutzig. (Kuttner ist eine Ausnahme.) Wenn aber die „Linke" in Ungarn erst stärker ist, dann wird vor ihrem Geschrei auch der weiße Terror kapitulieren und sich hübsch anständig aufführen.

Politische Rundschau

Verantwortung dämpft den Klassenkampf

Die Konstituierung des Besitzbürgerblocks bedeutet, daß die Bourgeoisie sich schon stark genug fühlt, den Hungerkrieg gegen das Proletariat ohne demokratische Maske zu führen. Natürlich fehlt es hier nicht an Warnern, die den Zeitpunkt für die offene Kapitalsdiktatur noch hinausschieben möchten, weil die Zermürbung der Arbeiterschaft noch nicht so weit gediehen ist, daß man die Hilfe der Sozialdemokratie schon entbehren kann. Silvgerberg hat noch kürzlich in Dresden den Hindenburgsozialisten mit dem Zaunpfahl gewinkt. Auch die Parteien der gegenwärtigen Regierung sind in Bezug auf die Methoden des Klassenkrieges nicht völlig einig. So hat der schwarze Gewerkschaftsführer Stegerwald anläßlich der Reichtumserklärung im Reichstag für den größeren Teil des Zentrums gesagt, daß es für den Augenblick das politisch Vordringlichste wäre, die **Kräfte von Links zur verantwortlicher Staatsverwaltung mit heranzuziehen.** Jene Massen, die im Haß gegen den Besitz aufgewachsen sind, müssen mit **starke Verantwortung für das Geschehen mit belastet werden.** Sonst komen wir aus dieser Atmosphäre des Hasses nicht heraus. Es ist nicht wahr, daß die sozialistische Masse Gegensätze müßten gezeigt werden.

Dazu reicht aber der „Stoff" des Kitschromanes der Thea v. Harbou nicht.

Das heiße Eisen faßt man nicht an. Klassengegensätze zu zeigen, oder gar zum Klassenkampf aufzufordern, ist schließlich nicht Aufgabe von bürgerlichen Puppenspielern.

VII.

Was bezweckt dieser Film?

Nichts, als einen Druck auf die große Tränendrüse. Jeder findet hier, was er braucht. (Sozar halbnackte Revuemädels.) Nur keine schauspielerische Leistung. Der Maschinenmeister (George) und der Schmale (Rasp.) sind Ausnahmen. Alle anderen bleiben sich mehr oder weniger an einem großen Flachbahnrennen. Höhe-Punkt ist eine amerikanische Zirkusnummer: Boxkampf auf einem Kirchendach. Kitschromantik.

VIII.

Dieser ist vorbei gelungen.

Anzuerkennen ist nur die filmtechnische Leistung. Einige Massenszenen und die Bauten.

Ueber die Maschinen wird der Fachmann nur lächeln können.

Die Eintrittspreise — 3 bis 8 Mark — werden die Massen hoffentlich genügend von diesem Film bewahren.

Draußen. Endlich nach 2½ Stunden wieder Berliner Luft. Richtige Berliner Luft. Scherl-Boys schreien den Kitschroman der Thea aus —. Der Kitschroman, nach dem der Kitschlim . . . aber das sagen sie nicht . . .

X.

Schnellbahnen rattern. Autos rasen. Graue Menschen vor den Portalen. Junge Mädchen mit silbernem Lein warten auf Kavaliere (mit dicken Brieftaschen). Ein Filmabend. Und eine goldige Nacht.

XI.

Wie eine neue, eine moderne Kirche erscheint einem das Ufa-Haus.

Wie eine richtige Verdummungs-Anstalt.

Man möchte noch einmal zurückkehren und — beten: Lieber, guter, gotischer Gott, bewahre doch wenigstens die Proleten vor dieser Dofheit. Auf daß sie nicht noch größere Dofheit ver—fallen. H. E.

Metropolis

(Uraufführung am 11. 1. 27 im Ufa-Pavillon).

I.

Wenn die Erwartungen sehr groß sind, erlebt man immer eine Enttäuschung. Dies vorweg. Doch ich will nicht vorgreifen.

Das erste was ich sah, war Silber und Gold. Silbern der prunkhafte Bau im Lichte der Scheinwerfer, golden die die große Gong-Kuh-Glocke über den Portalen. Einige Handwerker legen die letzte Hand ans Werk.

II.

Das Zweite. Vier Ufa-Boys vor den Portalen starren in ihrer Dofheit, in die dagewesene — Dofheit.

III.

Endlich Einlaß. Ein-tritt drei Reichsmark. (Für den schlechtesten Platz.)

IV.

Gongschläge. Dunkel. Stille. Musik. Der Film rollt. Ein Vorspiel. Ein Märchen. Eine Fabel. Die phantastische Stadt der Zukunft Metropolis. Die gewaltige Arbeitssirene. Wolkenkratzer. Hauptverkehrsstraße mit Schnellbahnen und Flugzeugen. Die Molochmaschine. Die Herzmaschine.

V.

Schichtwechsel. Moderne Arbeitsautomaten. Gesenkten Hauptes. Still. Stumm. Wie Ochsen, die zur Schlachtbank geführt werden. Alles sehr ergreifend. Sehr rührend. Die Bürgerherzen werden weich. Weich wie Rahm-Butter gleich in der Sonne.

VI.

„Ewiges Dunkel" in der unterirdischen Maschinenstadt der Arbeiter.

„Ewige Sonne" in den Palmengärten der Millionärssöhne. „Gegensätze" werden gezeigt?

Nein, nur überlärmt! Denn „zwischen Hirn und Hand muß ein Mittler sein", nämlich das Herz. Das deutsche Herz.

Schlechte Zeiten für Minister und Landräte

Die Begehrlichkeit der proletarischen Kaste hat bekanntlich solche Formen angenommen, daß die Rentabilität der Wirtschaft nur noch mit Hilfe der Schlichtungsgesetzgebung gewährleistet ist. Der Prolet sollte sich endlich ein Beispiel an der Notlage der preußischen Minister und Landräte nehmen. Bei der Etatberatung im Hauptausschuß des Preußischen Landtags hat der demokratische Abgeordnete Bartel (Hannover) die immer wiederkehrenden Behauptungen über die hohen Gehälter der Minister und leitenden Beamten mit folgenden Angaben widerlegt. Ein Regierungsrat bezog vor dem Kriege im Anfangsgehalt 480 Mark monatlich. Im Endgehalt bekam er früher 720 Mark. Heute bekommt er 670 Mark. Dieselben Bezüge bekommt der Landrat vom Staat. Der Minister des Innern bekam vor dem Kriege im Jahr 52 100 Mark. Heute bekommt der Minister jährlich 36 600 Mark und während Ministerbezüge früher steuerfrei waren, unterliegen sie heute der vollen Steuer. — Von Aufwandsentschädigungen und sonstigen Unkostenerstattungen hat der Abgeordnete nichts erwähnt. Nachdem der Berichterstatter so die Verelendung der preußischen Regierer „enzeigt hatte, erwähnte er auch noch die sprichwörtlichen Hungerlöhne der Amtsgehilfen und wies darauf hin, daß die unerträglichen Besoldungsverhältnisse verbessert werden müßten. Verwaltungsreform heiße Vereinfachung und Verbilligung, höchste Arbeitsleistung und ausreichende Besoldung.

Die Parteien des Preußischen Landtages von rechts bis links werden an dieser Frage sicherlich einig sein. Was sie dem Hindenburg bewilligen, kann die KPD. Grezinsky nicht verweigern. Diese Partei muß alle anderen übertreffen, indem sie sich auch hier gegen die katastrophalen Folgen der Rationalisierung wendet, indem sie auch die „Werktätigen mit Portefeuille mobilisiert, auf daß sie sich gewerkschaftlich organisieren, um zu — siegen.

Die Aufgaben der Partei¹)

Die Zersetzung der III. Internationale ist im weiteren Verlauf der Entwicklung nicht mehr aufzuhalten. Es wird vielleicht der KPD. und einzelnen Sektionen gelingen, sie zunächst für eine geraume Zeit auch bis zu einem gewissen Grade einzudämmen. Aber die Entwicklung in Rußland wird immer wieder alle diese Widersprüche und den Gegensatz zwischen der russischen Staatspolitik und der proletarischen Revolution aufs neue aufrichten. Damit ist eine gute Möglichkeit gegeben. Wir müssen, je nach dem Grade dieses Gegensatzes versuchen, praktisch in diese Risse einzudringen, um dadurch die Ideologie der dritten Internationale zu zerbrechen. Mehr als bisher muß dabei an die gegebenen Erscheinungen angeknüpft werden, die Aktionen, die von der KPD. aufgezogen werden und tausende von Arbeitern auf die Beine bringen, müssen ausgenutzt werden. Mit der einfachen Feststellung der Tatsache, daß die Aktionen der KPD. nichts wie Reformismus sind, ist noch das wesentliche zu tun. Wir müssen versuchen, indem wir diese Dinge praktischer anfassen, den in der KPD. organisierten Arbeitern zeigen, wo der Reformismus steckt und inwieweit eine solche Aktion die Revolution schwächt und die Konterrevolution stärkt. Hierzu hatten wir z. B. einmal die Möglichkeit, als die erste Arbeiterdelegation von Rußland wiederkehrte und eine Reihe von Versammlungen abhielt. Wir sind damals in der Form des „Offenen Briefes" an die KPD. herangetreten und haben versucht, in der Oeffentlichkeit und in öffentlichen Versammlungen uns mit dieser auseinanderzusetzen. Mit diesem Versuch, diese Fragen vor dem Gesamtproletariat aufzurollen, haben wir schon einen gewissen Erfolg gehabt. Aber wir müssen lernen, wie man solche Maßnahmen tatsächlich in rationeller, planmäßiger Weise durchführt, wie das Errungene auch wirklich organisatorisch ausgenutzt wird. Der dialektische Charakter der Aufgaben der Partei ist aufzuzeigen an der Hand der Bewegungen, die sich in der Entwicklung befinden. Wir dürfen nicht nur darauf warten, bis uns die Geschichte die Möglichkeit gibt, konkret in diese Dinge einzugreifen, sondern es muß uns gelingen einen Einfluß auf diese Entwicklung zu gewinnen. Fragen, die von einer besonderen Wichtigkeit für die revolutionäre Bewegung sind, müssen wir selbst aufzurollen versuchen, damit wir nicht nur die Stichworte der dritten Internationale aufzugreifen brauchen. Dann können wir führend der Arbeiterklasse vorangehen, ihr die lebenswichtigsten Fragen aufzeigen und diese in einer groß angelegten Kampagne durchführen.

Erinnert sei hierbei z. B. an den Kongreß der Werktätigen, bei dessen Veranstaltung alle Möglichkeiten noch nicht ausgenutzt wurden. Wahrscheinlich wird die KPD. jetzt auf diesen Kongreß der Werktätigen zurückgreifen, da ein Komitee gebildet worden ist, das z. B. diese Antikriegsgeschichte mit Rußland jetzt in Szene setzt. Hier bietet sich die Möglichkeit für die Partei aufzuzeigen, die Linie des Nationalismus in der dritten Internationale, die noch nie so kraß und so klar zum Ausdruck gekommen ist, wie gerade jetzt bei der Verteidigung der Reichswehrbelieferung mit Sowjetgranaten. Hieran läßt sich klar die Frage der Vaterlandsverteidigung und des Internationalismus an Hand der Aeußerungen der KPD. dem Proletariat auseinandersetzen. Selbst in der „Roten Fahne" vom 28. Januar 1927 in den von der dritten Internationale veröffentlichten Thesen ist das zum Prinzip gemacht.

Die Durchführung der proletarischen Revolution erheischt eine konkrete inangriffnahme der Aufgaben. In diesem Augenblick kann sie nichts anderes bedeuten, als daß wir versuchen, einen praktischen und ideologischen Einfluß auf die Arbeiterklasse zu gewinnen in dem Maßstabe, daß die Entwicklung die Formen annimmt die wir wünschen und haben müssen im Interesse der Revolution. Mit unserem letzten „Offenen Brief" haben wir einen derartigen Kampf eingeleitet. Hierdurch sind die Genossen in die Lage versetzt, wenn sie die Dinge richtig aufgreifen, an die Betriebe, an die KPD. in Versammlungen heranzukommen. Aber alle müssen sich mit ihrer Person dafür einsetzen und in der alleinfachsten Form der persönlichen Bearbeitung versuchen, an die anderen Arbeiter heranzukommen. In diesem Zusammenhange ist ein Zusammenarbeiten mit den Genossen der „Entschiedenen Linken" durchaus das Gebotene. Es ergibt sich bei der Betrachtung der praktischen Aufgaben unserer Partei von selbst, daß diese erörterten Maßnahmen gleichzeitig in Verbindung mit der „Entschiedenen Linken" durchgeführt werden müssen. Die Beschleunigung des Klärungsprozesses und der Kampf gegen die dritte Internationale sollen gleichzeitig geführt werden als ein Sammlungsprozeß der revolutionären Arbeiter, derjenigen, die die proletarische Revolution wirklich wollen. Allerdings halten wir bei allen unseren Aktionen fest, daß wir uns die Erfahrungen der vergangenen zunutze machen müssen, daß wir uns bei dem Hauptgewicht legen auf die Besprechung der wichtigsten Aufgaben und ihre konkrete Durchführung für die Arbeit für die Revolution. Bei der unumgänglichen Betrachtung der gesamten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage dürfen wir nicht allzuweit in theoretischen Auseinandersetzungen schweifen; sondern müssen auch stets die praktischen Aufgaben der Partei im Auge halten. Bei der Durchführung unserer Aktionen und Maßnahmen innerhalb einer solchen Kampagne, die auf weitere Sicht gesehen, die Vorbereitung der Revolution bewirkt, muß der Abschluß in einer gewissen organisatorischen Assimilation bestehen. Dann wird die kommunistische Arbeiter-Partei wieder einen Einfluß auf die revolutionäre Arbeiterbewegung ausüben. Die Arbeiterbewegung ist dann gezwungen, zu ihr, zu unserer Partei Stellung zu nehmen, nicht wie bisher, das wir gezwungen sind als Partei zu ihr Stellung zu nehmen. Wenn wir in diesem Sinne verfahren, wird diese Zentralausschußsitzung einen Wendepunkt bedeuten darin, daß es wieder aufwärtsgeht und wir wirklich mit Ulrich von Hutten ausrufen können: „Es ist wirklich eine Lust zu leben!"

Wirtschaft

Der Arbeitsmarkt

In Berlin 2 600 Erwerbslose mehr.

Die Stabilisierung macht Fortschritte. Nach dem Bericht des Berliner Arbeitsamts ist die Abflauung der Berichtswoche wieder einem weiteren Steigen gewichen. Die „Konjunktur", über die die bürgerliche und sozialdemokratische Presse voll Lobliedes ist, ist in Wirklichkeit nur eine Konjunktur für die Kassenschränke einiger Trusts.

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamts waren am 5. Februar 283 827 Personen bei den Arbeitsnachweisen Berlins eingetragen, gegen 281 141 der Vorwoche. Darunter befanden sich 189 924 (184 533) männliche und 93 903 (96 608) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 122 174 (122 164) männliche und 57 660 (59 963) weibliche, insgesamt 179 834 (182 597) Personen. Außerdem wurden noch 36 213 (35 958) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 21 113 (18 885) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 5 947 (7 125) Personen beschäftigt. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 53 gegen 51 der Vorwoche.

Der Arbeitsmarkt zeigt weiter die typischen Merkmale der Rationalisierung, deren Tendenz wir schon in den letzten Berichten über den Arbeitsmarkt aufzeigten. Die Ziffer der erwerbslosen Frauen ist um 2 705 gesunken, während die der Männer um 5 300 gestiegen ist. Das laufende Band beansprucht immer mehr statt Können und Kraft Behändigkeit und Elastizität. Die billige weibliche und jugendliche Arbeitskraft verdrängt in immer stärkerem Maße gelernte männliche Arbeiter. Die russischen Wirtschaftstheoretiker bezeichnen diesen Vorgang „relative Stabilisierung" des Kapitalismus.

Trotzdem die Ziffer der Erwerbslosen stieg, sank die Ziffer der Unterstützungsempfänger. Die Erwerbslosen-„fürsorge" strich 2 763 und die Erwerbslosen„hilfe" der Stadt Berlin 355, zusammen also 3 118. Davon nahm die Krisen„fürsorge" 2 228 auf, so daß die Ziffer der Unterstützungsempfänger insgesamt um 870 sank. Da aber bei Notstandsarbeiten 1 178 weniger beschäftigt wurden, zu Notstandsarbeiten ausschließlich aber Ausgesteuerte verwendet werden, ist leicht auszurechnen, daß die Ziffer der Ausgesteuerten insgesamt mehr gestiegen ist als um 870. Dieses Plus ist wettgemacht durch Entlassungen, da ja die Stempelstellen nur Registrierte zählen und erfahrungsgemäß Ausgesteuerte auch nicht mehr stempeln.

Das deutsch-russische Geschäft

Wir geben nachstehend einen Auszug aus einem Artikel des „Berliner Tageblattes" vom 19. Januar 1907 wieder, aus dem hervorgeht, welches Vertrauen die deutsche Bourgeoisie zur kaufmännischen Ehrlichkeit Rußlands hat, trotzdem sie, wenn man die Phrasen der Granatenzentrale ernst nehmen wollte, um die vielen Millionen betrogen wurde, die sie nach Rußland sandte, ohne Granaten zu erhalten. Daß die deutsche Bourgeoisie das „sozialistische" Außenhandelsmonopol in ihrem eigenen Interesse für notwendig hält, sei nur nebenbei erwähnt.

Das B. T. schreibt u. a.:

„Von den einzelnen für 1926-27 vorgesehenen Neubauten in der russischen Industrie ist u. a. die Anlage und Neuausrüstung zahlreicher größerer und mittlerer Kohlengruben, sowie der Bau von Koksöfen im Gebiet des Kohlentrusts „Donugoll" (Donezbecken" zu erwähnen. Bekanntlich werden diese Grubenbauten im Rahmen des deutschen 300-Millionen-Kredits von den Firmen Thyssen, Dr. C. Otto (Bochum), Otto Still (Hamburg) und Heinr. Koppers (Essen) durchgeführt. Eine Spezialkommission des südrussischen Stahltrusts „Jugostal" hat kürzlich im **Ruhrgebiet und im Rheinland Verhandlungen** über ähnliche Arbeiten angeknüpft. In der Metallindustrie ist der Bau von drei metallurgischen Werken in der Ukraine und im Uralgebiet geplant. In Stalingrad an der Wolga ist der Bau einer Traktorenfabrik vorgesehen, **die 10 000 Traktoren jährlich liefern soll.** Ferner sollen vier neue Landmaschinenwerke sowie drei Kupfer- und Zinkschmelzereien entstehen. In der Naphthaindustrie werden neun Gasolin-, Paraffin- und Asphaltfabriken sowie mehrere Naphtharaffinerien gebaut.

Für Sowjetaufträge in Deutschland kommt in erster Linie die russische Metallindustrie in Frage. Ihr sind Einfuhrlizenzen in Höhe von 38,8 Mill. Rubel von der Sowjetregierung bewilligt worden. Der größte Teil der Bestellungen wird, wie auch bisher, **in Deutschland auf Grundlage des 300-Millionen-Kredits vergeben werden,** und zwar auf vereinbarjährigen Kredit. **Die ersten Zahlungen sollen in zwei Jahren erfolgen.** Der Trust „Jugostall" will u. a. für seine metallurgischen Werke 1926-27 für 14 Mill. Rubel Aufträge auf Ausrüstungen in Deutschland erteilen, darunter für 1,5 Mill. Rubel für das Werk in Kertsch (Krim). Bereits im Oktober wurden für 6 Mill. Rubel zehn Luftgebläse für Hochöfen, Spezialwerke zum Walzen von Röhren usw. in Deutschland bestellt. **Größere Aufträge dürfte auch die russische Textilindustrie, vor allem auf Spinnereiausrüstungen, in Sachsen vergeben.**

Die Sowjetpresse erkennt die überaus große Bedeutung der Mitarbeit der deutschen Industrie an der Industrialisierung Rußlands unumwunden an. „Die deutsche Industrie ist zum wichtigsten auswärtigen Faktor der Industrialisierung der Sowjetunion geworden", schrieb vor kurzem die „Ek. Shisn".

In diesem Zusammenhang ist es falsch und gefährlich, wie es von einigen Seiten immer wieder geschieht, **das russische Außenhandelsmonopol in Bausch und Bogen als Quelle allen Uebels und seine Aufhebung als conditio sine qua non einer erspießlichen Zusammenarbeit Rußlands mit Europa zu bezeichnen. Die deutsche Beteiligung** am industriellen Wiederaufbau Rußlands kann eben nur auf der Grundlage des staatlichen Außenhandelsmonopols durchgeführt werden. Bei der Schwäche des einzelnen Wirtschaftssubjekts, im Sowjetstaat würde bei einer Aufhebung des Außenhandelsmonopols jede Sicherheit im Rußlandgeschäft schwinden. Die Kreditfähigkeit und finanzielle Potenz der einzelnen russischen Trusts sind noch zu gering, um den deutschen Lieferanten sicherstellen zu können. Somit würde eine Beseitigung des Außenhandelsmonopols für das deutsch-russische Industrialisierungswerk — ob die Ueberspannung des Industrialisierungsgedankens durch die Sowjetregierung den Interessen der russischen Volkswirtschaft entspricht, ist eine andere Frage — sehr ungünstige Nachwirkungen haben."

„Die KPD. im eigenen Spiegel"

heißt das hochaktuelle Buch, das jeder Arbeiter lesen muß.

Die Dokumente

die dort sprechen belenchten die Politik der KPD. und K. I, während der deutsch-russischen Waffenbrüderschaft, und sind ein schlagender Beweis für ein noch nie dagewesenes

Verbrechen an der Arbeiterklasse.

Zu beziehen durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzerplatz 13. Pr. 2.— M.

Niederlage oder Kampf?

Aussperrung der sächsischen Metallarbeiter

Leipzig, 8. Februar. (TU.) Der Verband der Metallindustrie im Bezirk Leipzig hat beschlossen, zum Schutz der durch den Streik ausgesperrten Firmen seine Arbeiterbelegschaft mit etwa 25000 Mann am Donnerstag mit Arbeitsschluß auszusperren, sofern nicht der Metallarbeiterverband seine Kampfmaßnahmen rechtzeitig vorher zurücknimmt.

Ferner hat die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller beschlossen, zum Schutz des Leipziger Verbandes die Gesamtaussperrung bei seinen Firmen am Montag, den 14. d. M. mit Arbeitsschluß durchzuführen. Von dieser Aussperrung werden zirka 130 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

Der Nadelstichpolitik der Gewerkschaften setzt das Kapital kurz entschlossen den eindeutigen Machtstandpunkt der Kapitalistenklasse entgegen und demonstriert so dem Proletariat, daß jeder Versuch, sich der Hungeroffensive der kapitalistischen Rationalisierung entgegenzusetzen den Kampf von Klasse zu Klasse auf die Tagesordnung setzt. Die Leipziger Metallarbeiter haben neben den Erfahrungen des deutschen Proletariats das grandiose Schauspiel des englischen Bergarbeiterstreiks abrollen sehen, und gesehen, daß die Waffe der Arbeitsverweigerung allein in die Linie mündet, wer am längsten hungern kann: die Kapitalisten oder die Arbeiter. Darüber darf das Proletariat nicht mehr im Zweifel sein.

Wollen die sächsischen Metallarbeiter wirklich den Anfang machen um den Hungerring zu durchbrechen, dann ist es ihre Pflicht mit dem stück- und pfundweisen Verkauf der Arbeiterklasse durch Tarifverträge und Schlichtungspeitsche zu brechen und sich auf die Basis zu stellen, die ihnen von ihrem Klassenfeind vorgeschrieben ist: das ist der Kampf der Klasse um die Macht.

Das schließt in sich, daß das Proletariat begreift, daß die Gewerkschaften auf dem Boden der kapitalistischen Hungerordnung stehen, und mit ihrer Taktik das Proletariat entweder durch lokalisierte Streiks oder die Schlichtungspeitsche der Demokratie diesem Hungerregiment immer von neuem unterwerfen müssen und werden.

Auch vor den

rung von strebsamen Nep-Bourgeois eben aufgefaßt werden muß.

Schwarz geißelte im Schlußwort in scharfen Worten Voxt als Anwalt der Bucharinschen Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens, des Militärbündnisses zwischen Reichswehr und russischer Armee. Unter diesen Hieben schrien, wie das bei der systematischen Verdummung durch die KPD.-Presse und sonstige Bolschewisierung gegenwärtig noch nicht anders zu erwarten ist, Teile der Versammlung auf. Ein großer Teil war offensichtlich durch die von niemanden widerlegten Ausführungen derartig betroffen, ja von der Richtigkeit überzeugt, daß bei intensivem Nachstoßen die hiesige Gruppe der EL. notwendig wachsen muß.

Hamburg

Der Hungerkrieg gegen das Proletariat.

Der Referent gibt eine klare Uebersicht über die Entwicklung der Wirtschaft nach dem Kriege. Er zeigt die Ursachen auf, weshalb überall große Massen Erwerbsloser vorhanden sind. Er zeigt die Entwicklung zur Inflation. Die Hoffnung der Proletarier, daß die Stabilisierung Erlösung bringen werde. Die aufgehende Dollarsonne. — Wie die Kosten der Stabilisierung auf die Schultern der Arbeiterklasse abgewälzt wurden. Die ungeheure Masse der Erwerbslosen im Anfang der Stabilisierung. Der Stabilisierung folgte die Rationalisierung. Die Ausstattung der Betriebe war zum großen Teil vernachlässigt durch Krieg und Inflation. Jetzt kam hinzu die Notwendigkeit auf dem Weltmarkt in Konkurrenz zu treten (nicht mehr durch Dumping — wie bisher — sondern durch rationelle Auswirkung der Arbeitskraft sowie durch neue Maschinen.) Es erscheinen Bücher über Bücher über die amerikanischen Wirtschaftsorganisationen. Das laufende Band hält die Gemüter in Aufregung. Ford steht sich in Europa vor und wird zum Ehrendoktor des sozialdem. Sozialismus. In den Bergwerken soll bereits der Produktionsstand von 1913 wieder erreicht sein, aber bei einer Belegschaft die nur ⅔ der Vorkriegsstärke ist. — Jetzt kann man von einer Rationalisierungskrise sprechen.

Zu 2 Millionen Erwerbslosen in Deutschland kommen 5 Millionen Kurzarbeiter etc.

Auf der anderen Seite sehen wir das Erstarken der Bourgeoisie. Der Kapitalismus kann sich bereits wieder ein Schmutz- und Schundgesetz leisten. Es handelt sich natürlich um ein Gesetz womit in erster Linie die revolutionäre Presse verboten werden soll.

Brot und Spiele dem Volke, hat noch immer seine Gültigkeit. — Brot ist der Stimmzettel mit dem die Proletarier zur festgesetzten Zeit zur Wahlurne schreiten dürfen, und Spiele ist die Musik die man machen darf, sogar öffentlich. Wahrscheinlich wird solange Musik gemacht werden dürfen, bis die Mauern des Kapitalismus umfallen, wie weiland die Mauern von Jericho. Dann kann wahrscheinlich der Neubau des Kommunismus vor sich gehen.

Der Redner geht dann über zur deutschen Außenpolitik. Daß das geschlagene Deutschland nicht mehr mit dem Säbel rasseln kann ist selbstverständlich. Heute muß es die friedliche Verständigung suchen. Referent kommt dann auf die Verständigung Deutschlands mit Rußland im Jahre 1921 zu sprechen. Als er auf die Sowjetgranaten für die Reichswehr zu sprechen kommt werden die anwesenden KPD.-Leute unruhig. Referent beruft sich nur auf Material der KPD.-Presse. In der Diskussion beschwert sich ein Karrenhändler, daß das heilige Rußland angegriffen wird, ohne überhaupt auf einen Teil des Referats einzugehen. Im allgemeinen war überhaupt die Diskussion auf einer recht mäßigen Höhe. — Einem Frontkämpfer war das Referat zu hoch und zu reichhaltig. Wahrscheinlich sagen ihm die Wald-Wiesenreden der KPD.-Leute besser zu. Die Union taugt nichts, weil dort Unterschlagungen vorgekommen sind. (Ein von der E. L. anwesender Genosse nennt einige KPD.-Leute, die es ebensogut gekonnt haben.) Weiter beriet sich auf die Oktoberkämpfe, die in denen die Gewerkschaftler an der Spitze gekämpft hätten.

Als ein Genosse der Entschiedenen Linken spricht und die KPD. und den 2. Diskussionsredner angreift, verursachen die KPD.-Leute einen solchen Lärm, daß die Ausführungen vollkommen unverständlich bleiben und bald darauf die KPD.-Leute demonstrativ den Saal verlassen.

Zu spät erst erhält der Referent das Schlußwort (wegen der vorgerückten Zeit hatten sich die Reihen bereits bedenklich gelichtet).

Die öffentliche Versammlung war statt einer Gedächtnisfeier für Liebknecht-Luxemburg gedacht. Was Besuch und Verlauf der Versammlung anbetrifft, so können wir mit dem Resultat einigermaßen zufrieden sein, gemessen an dem, was in Hamburg zu erwarten war. Gemessen an der wirtschaftlichen Bedeutung und Größe Hamburgs, war sie allerdings recht bescheiden zu nennen.

Forst (Lausitz)

Am 27. 1. 26 hatte der Erwerbslosenrat eine öffentliche Volksversammlung (Protestversammlung) mit dem Thema: „I. Das kommende Erwerbslosen-Versicherungs-Gesetz und was hat die Arbeiterschaft davon zu erwarten? 2. Warum kam es in der Lausitz nicht zur Aussperrung?", einberufen, die mittelmäßig besucht war. Sprechen sollte Landtagsabgeordneter Selbmann KPD. Selbiger war nicht erschienen, an seiner Stelle referierte Landtagsabgeordneter Hoffmann KPD. über das Thema „Wirtschaft und Politik." Die Hälfte seines Referats bestand im Jonglieren mit Zahlen und ließen seine Ausführungen im allgemeinen jede marxistische Analyse fehlen, was nicht weiter verwunderlich ist. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß sich der Kapitalismus in einer Krise befindet, aber jetzt eine „Stabilisierung" festzustellen sei. Längere Zeit verweile er bei den Gewerkschaften, indem er den Anwesenden den Eintritt recht geschmackhaft machte, was aber keinen besonderen Eindruck hinterließ. Weiter kam er auf die Regierungsbildung zu sprechen, um dann sein Nep-Rußland zu preisen. Er versuchte die Angelegenheit mit den „Sowjetgranaten" als bloßen Schwindel hinzustellen, gebrauchte auch die Sätze „Diktatur der Arbeiterklasse" und „Kampf um den Kommunismus", um dann mit einem Appell „hinein in die rote Einheitsfront" abzutreten. — Dann sprach der Obmann des Erwerbslosenrates über das Thema: „Warum kam es in der Textilindustrie nicht zur Aussperrung", wobei ihm einige geringfügige Fehler unterliefen, nahm die Gewerkschaften und ihre Politik scharf unter seine Kritik, um zum Schluß aufzufordern, hinein in die Konterrevolution. Drastisch war sein Ausspruch: „Gegen die Gewerkschaften sind wir nicht, sondern gegen das System."

In der Diskussion sprach ein Genosse der AAU. und KAP. In fließender Weise zeigte er ihnen die Krise des Kapitals als seine Endkrise auf, wo es keine Reformen mehr gibt, und wobei die alten Kampfesformen und -methoden nichts mehr taugen. Er beleuchtete das Wesen des Parlamentarismus, wobei unserem Genossen ein Ausspruch des Referenten zugute kam, um auch die Gewerkschaften einer Kritik zu unterziehen, und dann den Arbeitern anzurufen, sich antigesetzlich, antiparlamentarisch, antigewerkschaftlich zu formieren, um dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen. Auf Grund der kurzen Zeit forderte unser Genosse den Referenten auf, Antwort darüber zu geben, warum das Zentralkomitee der KPD. den offenen Brief der KAP. betreffs „Sowjetgranaten" nicht beantwortet hat. Während der Ausführungen unseres Genossen herrschte lautlose Stille. — Außerdem sprach noch ein Ultralinker von der Urbahns-Fischer-Gruppe. Er forderte, unter allen Bedingungen in die Gewerkschaften zu gehen, um sie zu revolutionieren; sonst hatte er am Referat nichts auszusetzen.

Im Schlußwort versuchte der Distenschlucker der KPD., gegen uns eine Pogromstimmung zu entfachen durch seine demagogischen Mätzchen. Er wetterte und zeterte über die paar Mannekens der KAP. und bezichtigte uns der Einheitsfront mit der SPD. und dem Bürgertum. So erklärte er unter anderem, daß die Partei nicht nur in den Betrieben, sondern speziell in den Gewerkschaften ist, und wäre es unsere Pflicht, dort drinnen zu wirken. In der Frage Parlamentarismus zeigte er gehirnakrobatische Kunststücke, und zum offenen Brief erklärte er, hätte die KPD. gar keine Veranlassung, sich mit der „Sekte" einzulassen. Durch die kräftigen, zum Teil spöttisch-satyrischen Zwischenrufe unserer Genossen fiel er ganz aus dem Häuschen, und erging sich in einer Schimpfkanonade über die KAP. mit dem „losen Mund". Zum Schluß wurde, wie immer, eine Resolution einstimmig angenommen. Versteht sich!

Arbeitslose, sowie KPD.-Proletarier: erkennt endlich, wie man mit Euch Schindluder treibt, löst Euch los von der Bevormundung gewerkschaftlich-parlamentarischer Führerorganisationen, schließt die wahre rote Klassenfront in den Betrieben und Arbeitsnachweisen. Die AAU. ist das Sammelbecken aller nach Erkenntnis ringenden Proletarier. Sie ist der keimhafte Anfang der Rätеorganisation. Sie wird und muß gemeinsam mit der KAP. alle Halbheiten und Erbärmlichkeiten, alle Illusionen und jeden Betrug, der am Proletariat begangen wird, entlarven und wird die Proletarier immer wieder auf ihre geschichtliche Mission aufmerksam machen, bis sie, getrieben durch die Verhältnisse, zur revolutionären Tat schreiten.

Finsterwalde

Am Freitag, den 28. Januar 1927, fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die die KPD. einberufen hatte. Als Thema sollte behandelt werden: „8 Jahre demokratische Republik. — Wann kommt der Sozialismus." Referent Reichstagsabgeordneter Gehrmann. — Gleich zu Anfang seines Referats erklärte der MdR. die Fragestellung „Wann kommt der Sozialismus" als falsch. Es müsse viel eher heißen „Kampf dem Faschismus". Er sprach viel von China. Und wenn er das nicht tat, schimpfte er auf die SPD., den lebenden Reformismus. Von der Befreiung vom Reformismus kein Wort. Er sprach auch davon, daß die deutsche Arbeiterklasse es dem „einzigen Arbeiterstaat" der Welt gleichmachen und die Arbeiter-Republik aufrichten müsse, aber soweit sind wir noch nicht. Vorläufig gilt es, den Kampf gegen den Reformismus und den Faschismus zu führen, und dann, na ja, wenn das geschehen ist, dann — — — ??

Unser Genosse ging sachlich auf das Referat ein und zeigte den Anwesenden die Situation des Kapitals, aus der sich heute ergebe die ungeheuer anwachsende industrielle Reserve-Armee. Da der Referent aber auch von „**überaus talen Agenten Chamberlains**" in betreffs Rußland gefaselt hatte, mußte unser Genosse dazu übergehen, die Taktik der KPD. zu beleuchten und unsre Stellung zu Rußland klar zu legen. Er ging dabei von der Bauernfrage aus, kam zur Außenpolitik und behandelte die Granatengeschichte. Hier stieß der Genosse auf Widerstand, konnte aber seine Rede zu Ende bringen.

Im Schlußwort machte der Referent anständige Bocksprünge. Das Zitat von Rosa Luxemburg sowie ihre ganze Broschüre „Die russische Weltrevolution 1917" sei von Paul Levi gefälscht.

Wir erklären dazu, daß wohl die Broschüre von dem Renegaten Levi mit einem ellenlangen Vorwort versehen wurde. Aber unser Genosse hat ja nicht das Vorwort von Levi, sondern Rosa Luxemburgs Broschüre zitiert. Dafür steckte der Redner den Lügner ein. Wir wissen, wer um seiner Futterkrippe willen das Proletariat belügen muß. Das können nur Parlamentarier sein und keine arbeitslosen Arbeiter; letztere haben keine Sessel usw. zu verlieren.

Desgleichen erklärte der Reichstagsabgeordnete, daß die Granatengeschichte Schwindel sei, trotz Eingeständnisse von Pieck und Bucharin. Er stritt eben alles ab. Beim Zitat von Clara Zetkin aber kam das wahre Gesicht der KPD. zum Ausdruck. Es dreht sich um die Verteidigung Rußlands, und da verkürzte er: „Wir bekämpfen nicht das Reichsbanner, wir bekämpfen nicht die Reichswehr und Schupo, sie werden auch vom Kapitalismus ausgebeutet. Und wir als Kommunisten müssen versuchen, diese Leute dadurch zu neutralisieren, daß wir durch unsere Anträge im Parlament zum Reichswehr-Etat usw. versuchen, die Lebenslage dieser Leute zu verbessern und sie damit an uns heranziehen."

Also die Lebenslage der Henker wird verbessert, damit bei entbrennenden Kämpfen die Henkerskanonen die Kapitalisten auch kräftig mit Eisen sind, die proletarische Klasse niederzuschlagen. Das ist der Kampf der KPD. gegen den Faschismus. — KPD., dein Fratze ist Arbeiterverrat!!

Wir werden aber daran gehen, diese Fratze dem Proletariat niedriger zu hängen, auch auf dem sandigen Boden von Brandenburg.

Ein unglaublich schmieriges Gesindel

In den an anderer Stelle schon erwähnten Versammlungen der KPD. trat auch die Scholem-Urbahns-Fraktion auf. Wir müssen notgedrungen diesem schmierigen Gesindel einige Zeilen widmen, um die ganze Erbärmlichkeit dieser Burschen zu zeigen.

Ueberall begannen sie ihre geradezu hündische Anbetung an die Granatenzentrale mit einer unglaublichen Pogromhetzte gegen die KAPD. Leuten, von denen sie folgendermaßen schreiben:

„Allerlei Gestalten, Konjunkturpolitiker und Politikanten gehen dabei im Zentralkomitee und im Zentralorgan flach vor Anker und schreiben die schlechten Stalinschen und Bucharinschen Thesen und Artikel taientlos ab, verzuckerten Artikel, Bd wie Limonade, „töten" die Opposition und desorganisieren in Wirklichkeit lediglich das Proletariat." (Mitteilungsblatt der Urbahns-Gruppe Nr. 3.)

Kriechen sie in den Versammlungen förmlich in den Hintern, und donnern gegen die „konterrevolutionäre" KAPD., weil sie gegen Rußland „hetzt".

Wir wissen sehr wohl, daß die Aufdeckung der wirklichen Politik Moskaus auch denen das Genick brechen wird, die gerade zu jener Zeit am Ruder waren, und daß diese Lumpen ein großes Interesse daran haben, die Wahrheit totzuschlagen. Aber sie können dessen gewiß sein, daß sie auch durch die größten Schurkereien gegen das revolutionäre Proletariat ihre eigene Vergangenheit nicht begraben werden.

An einer anderen Stelle ihres „Mitteilungsblattes" toben sie gegen Bucharin, weil dieser alles eingestanden hat, und klaffen:

„Was wird die Komintern gegen den Fälscher Lenins und Verfasser der KPD.-Bucharin, tun, und was wird das ZK. der KPD. beantragen?"

Und entlarven sich damit selbst. Mit den Eingeständnissen der Befehlshaber Moskaus sind auch ihre eigenen Perspektiven verwirbelt, stehen sie selbst als Verbrecher am Proletariat da. Wir fordern dieses Renegatengesindel, das die in dem „Offenen Brief" der KAPD. aufgestellte Beweisführung nicht anzuzweifeln wagt, auf, den Beweis anzutreten, daß diese Beweisführung falsch ist! Solange sie das nicht können — und sie haben es nie bestritten, sondern, wie wir schon feststellten, die Wahrheit des Briefes bestätigt, nützt alles Gerede von der „Einheitsfront" der KAPD. und SPD. nichts, sondern bleibt ein demagogischer Trick politischer Lumpen.

Armer Korsch!

Korsch, der noch vor kurzem lieb wand wie eine Eidechse, und Blut und Wasser in einigen Diskussionsabenden schwitzte, die Rede von Schwarz im Reichstag unter dem Beifall der Zentralbonzen als Harlekinade bezeichnete, kommt jetzt nach zwei Monaten mit seinem Blättchen heraus, und hat sich nun doch entschlossen zu schreiben:

„**Wahr ist** vielmehr auch die von den offiziellen Stellen der KPD. und der K.J. bisher immer noch hartnäckig abgeleugnete Tatsache der Granatenbelieferung an die deutsche Reichswehr. Alle diese Tatsachen sind heute so weit bewiesen, wie solche mit dem „Landesverrats"-Paragraphen umhegten Tatsachen überhaupt bewiesen werden können. Im Kreis der „Wissenden" zweifelt kein Mensch daran."

Es hat zwar lange gedauert, bis Korsch im Gegensatz zu seinen Freunden um Ruth Fischer diesen „KAP-distischen" Standpunkt offen zum Ausdruck brachte, aber — ein Professor ist immer etwas umständlich. Vielleicht ist diese seine Schwerfälligkeit auch die Ursache einer anderen heiklen Geschichte: Der „Deutsche Industrieverband", Besitzer ein Herr Weyer, bezeichnet jeden, der diesen an sich als bewiesen richtigen Standpunkt vertritt, als einen Menschen, von dem man sagen kann: „Weß Brot ich eß, deß Lied ich sing." Und Korsch hält bei diesem Weyerverband, nach dessen Logik er ein ausgesprochener Agent Chamberlains" ist, „wissenschaftliche Vorträge". Vielleicht ist Korsch so freundlich und äußert sich über die von uns schon früher ausführlich gekennzeichneten Ansichten des Herrn Weyer. Denn eins kann nämlich nur wahr sein: Entweder ist Korsch, — und natürlich erst recht die KAPD. — wirklich ein „Agent Chamberlains, oder der Busenfreund von Korsch ist **ein elender Verleumder!**

Proletarisches Notizbuch

Im Reichstag wird gegenwärtig der Gesetzentwurf über die Erwerbslosenversicherung durchgepeitscht. — Die beiden „Arbeiterparteien" „kämpfen" wie die Löwen dagegen — mit dem Maul.

Die KPD. hat im Reichstag durch ihre Fraktion einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister Keudell einbringen lassen — die anderen Minister haben also ihr Vertrauen.

Die Bittsteiche Henkerregierung hat, wie die „Inprekorr" meldet, die Genossen Adamowsky, Glovatzky, Egon und Schwarzbart vom Militärgericht zum Tode, Gen. Ivanowsky zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilen lassen. Das Todesurteil soll in 48 Stunden vollzogen werden. — Der „Arbeiterstaat" hat jedoch nur die eine Sorge, daß diese Verbrecherbande die Beziehungen mit dem „einzigen Arbeiterstaat der Welt" abbricht.

In einem Landfriedensbruch-Prozeß in Altona gegen 123 Angehörige der „Roten Jungfront" beantragte das Altonaer Schöffengericht insgesamt 36 Jahre Gefängnis. — Das ist das „unterdrückte Land", daß das Proletariat nach Bucharin schützen muß.

Die Schlichtungspeitsche ist nach einer TU.-Meldung wieder zwischen die sächsischen Textilarbeiter gefahren. Der Schlichter für Sachsen hat den Schiedsspruch des Dresdener Schlichtungsausschusses für die ostsächsische Textilindustrie, **der die Arbeitszeit auf 52 Stunden wöchentlich festsetzte, für verbindlich erklärt.** Die Arbeiter hatten ihn bekanntlich abgelehnt, die Unternehmer angenommen. — Das ist die Wirtschaftsdemokratie der Gewerkschaften, die wie ein Mühlstein am Hals des Proletariats hängt.

In Polen ist eine Bewegung im Gange, die auf eine autonome Selbständigkeit hinzielt, und Anlehnung an Weißrußland sucht. Es kam bereits des öfteren zu Protestdemonstrationen, in die die Polizei hineinschoß. Charakteristisch ist, daß Redner dieser Bewegung „bald die Hilfe von Sowjet-Rußland" ankündigten. Man sieht, Moskau versteht nicht nur die Arbeiter, sondern auch nationalistische Kleinbürger in Illusionen zu wiegen.

Mitteilungen

KAPD. — Ortsgruppe Hamburg.

Am Dienstag, den 15. Februar, bei Quast Nachf., Ecke Stuvkampf- und Wohldorferstraße, **Oeffentlicher Diskussionsabend.** Thema: Sowjetgranaten — Vorwärtshetze — Proletariat. Aber! Das ZK. der KPD. schweigt. Verschafft Euch Klarheit!

AAU. — Ortsgruppe Groß-Hamburg.

Mitglieder-Versammlung Groß-Hamburg am Montag, den 14. Februar, bei Planeth, Michaelisstraße 50. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der kommenden Reichskonferenz. 2. Organisatorisches. Wegen wichtiger Angelegenheiten müssen alle Gelösten pünktlich erscheinen. Beginn 8 Uhr.

Der Arbeitsausschuß.

Oeffentliche Versammlung in Schlibeck

Dienstag, den 22. Februar im Lokal Württemberg (Pzholung) Müllerlandstraße. Tagesordnung: Wachsendes Elend — Verrat überall! Macht Propaganda Genossen.

AAU. Groß-Hamburg.

Billige, wichtige Bücher und Schriften, welche jeder denkende Arbeiter lesen muß.

	Preis brosch.	geb.
Luxemburg: Russische Revolution	,25	0,50
„ Sozialreform oder Revolution	,50	
„ Massenstreik	,50	
„ Junisbroschüre	,50	
Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg	,50	
Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei	,50	
Programm der Allgemeinen Arbeiter-Union	,20	
Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union	—,15	
Kommunistisches Manifest	,10	
Karl Marx: Das Kapital. (Volksausgabe.)	nur 6,—	
Canow: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie	„ 6,—	
Bebel: Reden und Schriften	„ 2,—	
Lassalle: Reden und Schriften	„ 2,25	
Zimmermann: Der große deutsche Bauernkrieg	„ 5,—	
Goldschmidt: Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußl.	„ 3,—	
Rosenow: Kulturbilder, Wider die Pfaffenherrschaft. (2 Bände)	„ 10,—	

Außerdem ist reichhaltige Literatur auf jedem Gebiet am Lager.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula. Neukölln. Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.

3. Jahrg. Nr. 12

Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Februar 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Die China-Politik Moskaus

Das Verhältnis des internationalen revolutionären Proletariats zu den nationalen Erhebungen in den Kolonien ist sowohl vor, als auch nach der Machtergreifung des Proletariats zweifellos ein Problem ersten Ranges. Dies ist es deswegen, weil die Entwicklung der Produktions- und damit der Klassenverhältnisse im höchsten Grade ungleichmäßig ist. Wir haben in Europa, in Amerika, eine auf die Spitze getriebene Arbeitsteilung in der Industrie, und als Resultat einer Generationen währenden Entwicklung ein Massenproletariat, daß, durch die Krisen des Kapitalismus selbst an die Spitze getrieben, auch den gordischen Knoten der kapitalistischen Warenproduktion zerreißen wird, und die dem Kapitalismus überlegene Form der gesellschaftlichen Beziehungen, die Bedarfswirtschaft, an dessen Stelle setzt, die klassenlose Gesellschaft errichtet.

Aber es gibt keine proletarische Revolution ohne ein modernes Proletariat. Dies zu behaupten blieb einzig und allein den Renegaten Moskaus vorbehalten, die in langen Thesen und Reden zu „beweisen" suchen, daß die Entwicklung in China nach der Perspektive der „Diktatur des Proletariats" und zum Kommunismus gehen „könnte". Und die diese Möglichkeit einer solchen Perspektive deswegen betonen, weil nur Narren eben eine solche gegebene Möglichkeit nicht nach Kräften unterstützen würden. Diese bewußt höchst einfache Fragestellung: Entweder Unterstützung und Förderung der „Möglichkeit" zum Kommunismus oder aber die Anerkennung und Betonung dieser „Unmöglichkeit", und damit, — um im Moskauer Jargon zu sprechen — die „Kapitulation" hat ihre Wurzel in der Politik Moskaus, die sich gerade in ihrer China-Politik als ein „Marxismus" erweist, demgegenüber die großen Utopisten, die die natürlichen Vorläufer der marxistischen Lehre waren, reine Waisenknaben sind. Aber natürlich in dem Sinne, daß Moskau diese gerade mit seinen Utopien weit in den Schatten stellt.

China ist bezüglich seiner gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber den modernen Industrieländern um einige Jahrhunderte zurück. Wir wollen nicht falsch verstanden werden: In der Epoche des niedergehenden Kapitalismus kann irgend ein Land, ein Kontinent, in Jahrzehnten nachholen, wo normaler" Weise ein Jahrhundert ins Land ging. Und dies deswegen, weil der Bourgeoisie eines solchen Landes der jeweilige Stand der Technik, die gesamte moderne Wissenschaft zur Seite steht, Sie braucht dies nicht aus sich heraus erfinden, entwickeln, sondern kann aus dem vollen schöpfen. Aber nur ein Narr kann glauben, daß diese Entwicklung eine Frage von einigen Jahren sein könnte. Der Imperialismus schaft durch seinen in ihm liegenden Zwang zur Unterdrückung der Kolonien und durch die Mittel der Unterdrückung Kriege, Koalitionen mit der in China noch herrschenden Feudalklasse, gewaltige Hemmnisse, die zu durchbrechen ein groß Teil Energien beanspruchen und eine solche Entwicklung ungeheuer erschweren. Die Frage bekäme mit der Machtergreifung des Proletariats in den europäischen Ländern sofort eine ganz andere Bedeutung. Das siegreiche Proletariat wäre in der Lage, gesellschaftliche Formen zu schaffen, die eine gewaltige Ueberlegenheit gegenüber dem Kapitalismus darstellen würden, und die eine mächtige Anziehungskraft auf die noch in barbarischen Zuständen lebenden Völker ausüben würde. Die proletarische Revolution in Europa allein könnte auch nur den Entwicklungsweg in den barbarischen Ländern abkürzen. Es sei deshalb gleich an dieser Stelle betont, daß die einzige Hilfe für das noch schwach entwickelte Proletariat in den Kolonien die proletarische Revolution in den kapitalistischen Mutterländern ist. Alles Geschrei wie „Hände weg von China!" ist ein äußerst dummes und leeres Gerede. Das diese Parole noch außerdem stockreaktionär ist, soll an anderer Stelle noch bewiesen werden.

Wer gezwungen ist, die Erzeugnisse Moskaus zu lesen, der wird auch unschwer herausfinden, daß Moskau nicht das Proletariat in China — soweit ein solches vorhanden ist — unterstützt, sondern die chinesische Bourgeoisie, und die chinesischen Großgrundbesitzer. Die chinesische „kommunistische", Partei, von der man so viel redet, stellt nicht die Frage, daß das Proletariat im Prozeß des Kampfes der chinesischen Bourgeoisie mit dem Imperialismus seine eigene Taktik herausbilden, seine eigenen Aufgaben in Angriff nehmen, selbst auf die politische Bühne treten muß, seine eigene Organisation ausbauen muß, sondern **Einigkeit mit der Kuomintang um jeden Preis.** Es ist ganz klar, daß die chinesische Bourgeoisie und der Großgrundbesitz nicht um die Interessen des Proletariats kämpfen, sondern daß das Proletariat in China selbst nach dem Siege der eigenen Bourgeoisie seine Interessen nur im Kampfe gegen die einheimische Bourgeoisie durchsetzen kann. Es ist ganz klar, daß nur ein Phantast annehmen kann, daß man in China mit der Parole der „Diktatur des Proletariats" kommen könnte. Aber eben so klar ist, daß gerade jetzt, wo die Bourgeoisie um ihre nationale Abhängigkeit kämpft, um die Privilegien ihrer Klasse kämpft, das Proletariat mit seinen eigenen Forderungen auf den Plan treten müßte, um die Abschaffung der unerhörten Kinderausbeutung, um seine eigene Elbogenfreiheit gegenüber der einheimischen Bourgeoisie.

Was ist Moskau?.

Moskau schlachtet das Proletariat auf dem Altar der Nation. Es brüllt aus Leibeskräften: „Einheitsfront", „Hoch die Kuomintang". Und die Schwachköpfe von KPD.-Referenten haben gerade in den letzten Granatenversammlungen diese

Die Dauer-Arbeitslosigkeit — die Pestbeule der Demokratie

Brutal und nüchtern steht vor dem Proletariat die erste Bilanz der Rationalisierung. Sie sieht so aus:

Das Maß der Ausbeutung liegt gegenüber der Vorkriegszeit jetzt um 50 Prozent höher, d. h. was früher drei Arbeiter leisteten, muß heute von zweien geschafft werden. Und dies bei einem weit niedrigeren Existenzminimum, denn die proletarische Lebenshaltung hat sich gegenüber dem Vorkriegsstand ebenfalls durchschnittlich um 50 Prozent verteuert. Das bedeutet, daß die Steigerung der Ausbeutung faktisch weit mehr als fünfzig Prozent beträgt. Die durch die staatlichen Schlichtungsorgane für viele Betriebe diktierte Mehrarbeit, daneben die Ueberstundenseuche und endlich das Massenelend der zweieinhalb Millionen Erwerbslosen vollenden die eine Seite der ersten Rationalisierungsbilanz. Auf der anderen Seite stehen Riesenprofite der Kapitalisten, die bisher mit der Rationalisierung Bombengeschäfte machen konnten. Die Schlußrechnung lautet also: **die Arbeiterschaft muß restlos die Zeche der Rationalisierung bezahlen; sie nur allein trägt die sozialen Kosten dieser kapitalistischen Wirtschaftspolitik, während die Bourgeoisie die Früchte der Rationalisierung in Gestalt fetter Dividenden erntet!**

Das sagen nicht nur wir, die „KAP.distischen Wirrköpfe", — das müssen heute auch die „erprobten" reformistischen „Realpolitiker" gestehen. Sie bekennen im „Vorwärts" vom 6. Februar:

„Die Arbeiterschaft Deutschlands hat eine Riesengeduld bewiesen. **Kein ehrlicher Mensch im Unternehmerlager wird behaupten können, daß jemals vergebens an die Einsicht der Gewerkschaften appelliert worden ist,** wenn es sich um wirklich notwendige Mehrarbeit handelte. Kein ehrlicher Mensch im Unternehmerlager wird bestreiten können, **daß die Arbeiterschaft in den letzten acht Jahren in ungezählten Fällen ihre egoistischen Interessen zurückgestellt und Opfer über Opfer im Allgemeininteresse gebracht hat.** Nun aber, wo zweieinhalb Millionen Arbeitslose in Deutschland im Elend vegetieren, ist es eine moralische Unmöglichkeit, von der Arbeiterschaft zu verlangen, über den Achtstundentag hinaus zu arbeiten. Es ist auch eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Es ist weiter eine ungeheure soziale Gefahr.

Durch die Rationalisierung ist das Arbeitstempo und die Arbeitsleistung gegenüber dem Vorkriegsstand im Durchschnitt um um 50 Prozent gesteigert worden. Trotzdem hat keine Verbilligung eingetreten, sondern im Gegenteil eine Verteuerung, die man mindestens auf 50 Prozent schätzen muß. Diese Steigerung der Produktivität und die Preissteigerung haben das Gleichgewicht zwischen Verbrauch und Erzeugung zerrissen. **Die Arbeiterklasse lebt heute schlechter als vor dem Kriege und leistet bedeutend mehr. Daneben gibt es eine zehnmal größere Arbeitslosigkeit als sie durchschnittlich in den Vorkriegsjahren bestand.**

Die Unternehmer aber scheifeln das Geld und wissen nicht, wohin damit."

Das ist Wort für Wort grausame Wahrheit, aber gerade deswegen eine offene und eindeutige Bestätigung des Bankrotts der reformistischen Politik! Denn: Wer hat die kapitalistische Rationalisierung mit geholfen anzukurbeln durch die das Versprechen, daß sie eine fühlbare Verbesserung der proletarischen Klassenlage bringt? Die sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Organisationen. Wer hält die Arbeiterschaft seit Jahren vom Kampf um ihre elementarsten („egoistischen") Klasseninteressen ab, damit die Ausbeuter ohne Gefahr ihre Profite unter Dach und Fach bringen können? Die Gewerkschaften. Wer fügt sich hundedemütig allen Tarifen, die die von den Unternehmern geforderte Mehrarbeit diktieren? Die Gewerkschaften. Und wer stieß den Hamburger Hafenarbeitern den Dolch des Streikbruchs in den Rücken, als sie sich gegen die Schlichtungspeitsche aufbäumten? Die Gewerkschaften. Die reformistischen Organisationen waren in den letzten acht Jahren noch stets die ideologischen Klopffechter des kapitalistischen „Wiederaufbaues" — sie sind deshalb mitverantwortlich für das heutige Massenelend: für die Riesengewinne der Ausbeuter, für die gigantische Dauerarbeitslosigkeit, für die Hungerlöhne und die Arbeitszeitverlängerung in den Betrieben, für die gegenwärtige Ohnmacht des Proletariats gegenüber der Kapitalistenoffensive.

Heute, wo abermals proletarische Schichten unter den Geißelhieben der Rationalisierung erwachen und zu murren anfangen, möchten sich die reformistischen Propheten wiederum vor der Verantwortung für die Folgen ihrer eigenen Politik frech drücken. Sie erklären, daß sie dieses elende Resultat der Rationalisierung nicht gewollt haben und erzählen der Arbeiterschaft, daß nur die schlechte kapitalistische Wirtschaftsführung an der jetzigen „Katastrophenpolitik" schuld sei. Auf diesen reformistischen Leim können aber nur Proletarier kriechen, welche die handgreiflichsten Dinge nicht sehen. Denn jeder, der die einfachsten Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise kennt, weiß: An eine Beseitigung des sozialen Elends mit Hilfe der Rationalisierung ist noch nicht mal im Traume zu denken. Im Gegenteil, die Not unter den ausgebeuteten Massen muß noch größere Dimensionen annehmen. Die Massenarbeitslosigkeit muß erst recht eine Dauereinrichtung bleiben, nachdem die englische Streikbruchkonjunktur immer schneller ihrem Ende entgegengeht. Der deutsche Kapitalismus ist jetzt angesichts der wachsenden Konkurrenz des englischen Kapitals auf dem Weltmarkte gezwungen, alle seine Kräfte zusammenzureißen und sie aufs höchste anzuspannen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wer angesichts dieses gesteigerten Konkurrenzkampfes an die Möglichkeit eines nennenswerten Abbaues der Erwerbslosenarmee glaubt, der stellt sich blind gegenüber der harten Tatsache, daß das Wettrennen der Kapitalisten nach den Absatzgebieten gerade die Befreiung der Profitwirtschaft von dem Ballast aller irgendwie entbehrlichen Arbeitskräfte zur Voraussetzung hat. Die zweieinhalb Millionen Erwerbslose in Deutschland liegen nicht infolge des bösen Willens der Unternehmer auf der Straße, sondern deshalb, weil bei dem Mangel an Absatzmärkten im Weltmaßstabe einfach kein Platz mehr im kapitalistischen Produktionsprozeß für sie ist.

Auf den Boden dieser ehernen Tatsachen sich mit beiden Füßen zu stellen, ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Proletariats. Die reformistischen Rezepte müssen zerrissen und verbrannt werden, da sie Opium für die Hirne der Arbeiter bedeuten. Der KPD., die nach der Einreihung der Erwerblosen in die Profitwirtschaft schreit, muß entgegnet werden, daß sie ihre „radikale" Parole erst mal in NEP.-Rußland durchführen soll. Der Ruf der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Instanzen nach einem „besseren" Arbeitslosenversicherungsgesetz muß beantwortet werden mit der Proklamation des revolutionären Kampfprogramms der Arbeiterklasse, das da lautet: Die Dauerarbeitslosig